



Mitteilungen

Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum

Heft 42 / Oktober 2011 - ISSN 1610-6415



Energie



Techniktransfer



Kultur



Wettbewerb

Dr. Renate Buchenauer
**Europäischer Kulturfernwanderweg
Hugenotten- und Waldenserpfad** S. 2

Dipl.-Ing. Christiane Sasse
I. Grenz(stein)-Wander-Marathon S. 3

Prof. Manfred Gerner
Techniktransfer Tibet - Europa S. 4

Prof. Dr. Ing. Heinrich Klose
Buchbesprechung S. 10

Harald Schmidt
**Die Bedeutung der Deutsche Märchen-
straße, Interview mit B. Schäfer** S. 11

Harald Schmidt
**Zukunftsweisende Arbeit
hessischer Radforen** S. 13

Dipl.-Ing. Peter Nissen
**Breitbandausbau im
Landkreis Kassel** S. 15

Karl- Christian Schelzke
**Bürgerkommune = Energiekommune:
Jetzt in kooperative Energieversorgung
investieren** S. 17

Peter H. Niederelz
Harrisburg-Tschernobyl-Fukushima S. 18

Roswitha Rüschemund
**„Unser Dorf hat Zukunft“
- ein Bericht aus Hessen** S. 20

Dipl.-Bw. Daniel Mühlleitner,
Prof. Dr. Siegfried Bauer
**Kommunale Entscheidungshilfe
bei der Baulandausweisung** S. 28

Harald Schmidt
**Auszug aus einem Interview mit
Peter Reuting, Träger des Hess.
Denkmalschutzpreises 2011** S. 34

Autoren / Impressum S. 35



AUF DEN SPUREN
DER HUGENOTTEN UND WALDENSER

in Hessen



Europäischer Kulturfernwanderweg „Hugenotten- und Waldenserpfad“

Dr. Renate Buchenauer

Der europäische Kulturfernwanderweg Hugenotten- und Waldenserpfad, der auf einer Gesamtlänge von 1.800 km von Südfrankreich und Norditalien über die Schweiz nach Nordhessen führt, ist in Hessen und Baden-Württemberg inzwischen fast durchgehend markiert. Bis zum Jahresende ist mit einem Abschluss der Markierungsarbeiten in Deutschland zu rechnen. Von Schaffhausen bis Bad Karlshafen können Wanderer nun auf schönen Wegen dem Wanderzeichen „Blaue Scheibe mit grüner Linie“ folgen und dabei Interessantes über die Kulturgeschichte der Hugenotten und Waldenser erfahren.



Markierung des Hugenotten- und Waldenserpfades im Frankfurter Stadtwald, Foto: Dr. Buchenauer

Die Ziele

Die gemeinsamen Ziele der europäischen Partner sind die Bewahrung und Bewusstmachung des Kulturerbes der Hugenotten und Waldenser entlang Ihres Exils-, Flucht- und Ankommenswegs in Italien, Frankreich, der Schweiz und Deutschland. Damit verbunden ist die Schaffung eines 1.800 km langen Kulturfernwanderwegs, der diesen Weg nachzeichnet und als Weitwanderweg mit hoher Qualität vermarktet werden soll. Gleichzeitig soll der Blick auf gegenwärtige und zukünftige Aspekte der sozialkulturellen Toleranz und Integration in der modernen Gesellschaft gelenkt werden.

Auch in den Partnerländern des europäischen Projekts gehen die Markierungsarbeiten voran. Bis zum Frühjahr 2013 soll die europäische Gesamtstrecke markiert sein. Gleichzeitig haben sich die notwendigen formalen Strukturen gebildet, die erforderlich sind, um ein solches länderübergreifendes Projekt umzusetzen:

- In Deutschland: der gemeinnützige Verein „Hugenotten- und Waldenserpfad“ e.V. mit Sitz in Neu-Isenburg
- In der Schweiz: die Stiftung VIA mit Sitz in Bern
- In Italien: das Waldensische Kulturzentrum in Torre Pellice/Piemont sowie die Region „Escartons di valli valdesi“
- In Frankreich: ein neuer Trägerverein „Sur les pas des huguenots“ mit den Regionen „Pays de Diois“ und „Des calades et des senteurs“ im Département Rhone-Alpes

Auf europäischer Ebene sorgen ein gemeinsamer Internetauftritt und internationale mehrsprachige Flyer für einen ganzheitlichen Aussenaustritt. Eine Anerkennung als „Europäische Kulturroute“ durch den Europarat wird von den Partnern angestrebt.

Der Kulturfernwanderweg konnte nur umgesetzt werden durch ein großes Engagement der beteiligten Städte, Gemeinden, Kulturvereine, Wanderverbände und aktiven Einzelpersonen. Mit der Eröffnung verschiedener Teilstrecken in diesem und dem letzten Jahr in Hessen und Baden-Württemberg konnten wichtige Meilensteine erreicht werden. Lokale Faltblätter in einem gemeinsamen Design stellen die Verbundenheit der Partner am Weg dar. Lokale und regionale Kultur- und Wanderveranstaltungen machen auf den Weg aufmerksam.

Ein Qualitätshandbuch gibt praktische Empfehlungen für die Kulturvermittlung, Information und Orientierung sowie für das Erreichen eines Qualitätsprädikats in Gastronomie und Hotellerie.

Am 11. September 2011 wurde die hessische Gesamtstrecke in Burgwald-Wiesefeld unter der Schirmherrschaft des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier feierlich eröffnet.

Die Herausgabe eines Wanderbuchs und Kartenwerken für die deutsche Strecke sowie lokalen und regionalen Informationsmaterialien sind die nächsten geplanten Schritte.

Dr. Renate Buchenauer ist nationale und internationale Koordination des Projekts. **Mehr Informationen:**

www.hugenotten-waldenserpfad.eu

Anfragen: info@hugenotten-waldenserpfad.eu



1. Franz. reform. Kirche mit Citytower
 2. Denkmal Friedrichsdorf
 3. Waldenserkirche Gottstreu
 Rechts: Vollständige Route der Waldenser und Hugenottenwege



Der I. Grenz(stein)-Wander-Marathon Natur und Kultur zwischen Hessen und NRW

Christiane Sasse

Wer schon immer einmal Grenzen überschreiten wollte, hatte im nördlichsten Winkel Hessens vom 3. bis 5. Juni 2011 gleich an drei Tagen die Möglichkeit dazu. Denn erstmals luden an dem sonnigen Himmelfahrtswochenende acht zertifizierte Natur- und Landschaftsführer zu dieser ganz besonderen Grenzerfahrung ein.

Entlang der ehemaligen Grenze des Fürstbistums Paderborn im Norden und Westen und der Landgrafschaft Hessen im Süden und Osten führte der gemütliche „Wander-Marathon“. Die Tour startete mit der Etappe I am Freitag den 3. Juni in Beverungen-Herstellte nahe der Benediktinerinnenabtei zum Heiligen Kreuz und endete in Borgentreich-Manrode; am Samstag konnten zwei Etappen hintereinander gelaufen werden, mit der Halbzeitpause im Diemelort Liebenau-Lamerden und am Sonntag stand der Endspurt von Liebenau-Haueda bis nach Warburg an.



Besichtigung und auch kleine Showeinlagen, wie hier der Auftritt eines „Grenzagenten“ ergänzten die Tour, Foto: Chr. Sasse

Auf der Spur der Steine

Auf den insgesamt 52 km begaben sich die Wanderer vor allem auf die Spur und die Geschichte der ehemals über zweihundert historischen Grenzsteine, von denen heute noch gut 140 Exemplare erhalten sind - einige davon über 250 Jahre alt. Diese Grenzmarkierungen aus weißen oder roten Sandstein, mit den Wappen der Landesherren versehen, sind für sich schon eine Besonderheit und erzählen viele Geschichten aus dem umstrittenen Grenzland. Darüber hinaus präsentierte die Grenzwanderung herrliche Ausblicke auf das idyllische Diemeltal mit seinen lieblichen Fachwerkdörfern, Buchenwäldern und Wacholderheiden sowie



Wandergruppe unter dem Viadukt bei Haueda, Foto: Chr. Störmer

auf die fruchtbare Ackerlandschaft der Warburger Börde mit dem markanten Desenberg, einem Basaltschlot und heutigem Wahrzeichen der ehemaligen Hansestadt Warburg. Besichtigungen, Anekdoten und kulinarische Genüsse rundeten den Grenz(stein)-Wander-Marathon ab. Der II. Wander-Marathon findet voraussichtlich Anfang Juni 2012 (Fronleichnam) statt.

Kontakt: Christiane Sasse, Meierhof 4, 34396 Liebenau-Lamerden, E-Mail: info@sasse24.de



Auftakt des Wandermarathons 2011 an der Grenze von NRW und Hessen im Diemeltal, Foto Ingrid Vossen

KulturLandFührungen

Die Naturführer wurden im Jahr 2010 in Kooperation mit der Natur- und Umweltschutzakademie in NRW/Recklinghausen, dem Naturpark Teutoburger Wald und dem Kreis Höxter ausgebildet, um Gästen und Einheimischen vor allem die Erlebnisgebiete des EU-Projektes „Erlesene Natur“ und weitere Naturräume in der Region näher zu bringen. Da sich der Kreis Höxter unter der Dachmarke KulturLand Kreis Höxter vermarktet, bewerben sich die Naturführer und die zusätzlich für klösterliche Einrichtungen ausgebildeten Kulturführer unter dem gemeinsamen Namen KulturLandFührer.

Das Jahresprogramm „KulturLandFührungen“ ist kostenlos erhältlich und kann unter www.kulturland.org heruntergeladen werden.

Zur Historie

Das Gebiet zwischen Weser und Twiste hat in der Geschichte manche Herrschaftswchsel und damit Grenzwechsel erfahren. Die Bistümer Paderborn und Mainz waren zunächst durch die Diemel getrennt. Durch eine Schenkung des Grafen Dodiko aus Warburg bekam der Paderborner Fürstbischof Meinwerk auch Einfluss auf der Mainzer Flussseite. Meinwerk wollte das Bistum Paderborn auf den Herrschaftsbereich bis zur Diemelendung ausdehnen. Im 13. Jahrhundert trat dann der Landgraf von Hessen als Nachbar der Bischöfe von Paderborn auf, während der Einfluss des Bistums Mainz zurückging. Im 15. Jh. hatten die Landgrafen von Hessen den gesamten Mainzer Besitz in Nordhessen übernommen und ihren Herrschaftsbereich bis zur Diemel ausgeweitet.

Nach jahrzehntelangen Grenzstreitigkeiten wurde 1597 unter Führung des Bischofs Dietrich IV. von Fürstenberg und des Landgrafen Moritz zu Hessen ein Grenzvertrag geschlossen, in dem der Grenzverlauf sehr detailliert beschrieben ist. Es wurden aber nur wenige Steine als Grenzmarken aufgestellt, und schon im 30-jährigen Krieg sind viele davon verschwunden.

Wegen der sich dadurch häufenden Komplikationen schlossen die beteiligten Länder, nämlich Hessen und Paderborn, 1754 einen neuen Vertrag über den Grenzverlauf. Darin sind die Standorte der 210 großen Grenzsteine von Nummer 1 bei Karlshafen bis Nummer 210 bis Welda in Karten eingezeichnet und beschrieben. Die Steine tragen eine laufende Nummer und die Jahreszahl 1754 auf beiden Seiten. Dazu auf der jeweiligen Seite das Landeswappen und das Kürzel des Landesherren. Die Steine 1 bis 126 sind aus rotem Wesersandstein gehauen, die restlichen Steine bestehen aus hellem Sandstein.

Der Siebenjährige Krieg hat dann wieder Lücken in der Grenzbefestigung hinterlassen. Daher haben die Landesherren 1778 die fehlenden Steine ersetzen lassen. 1824 und 1834 wurden von den Preußen, die dem Fürstbistum Paderborn nachgefolgt waren, die ersten Ersatzsteine aufgestellt. Eine weitere Partie Ersatzsteine kam

1834 hinzu. Die historischen Grenzsteine sind heute im Besitz der beiden Bundesländer Hessen und Nordrhein-Westfalen. Sie sind unter Denkmalschutz gestellt.

Zum Thema ist eine hervorragende Publikation 2011 erschienen: Historische Grenzsteine zwischen Hessen und Nordrhein Westfalen im südlichen Kreis Höxter, Konrad Waldeyer als Arbeitsheft des LWL Amtes für Denkmalpflege in Westfalen I 9, ISBN 978-3-00-035019-1, Anm. der Redaktionsl..

Architekt, Philosoph und Kettenbrückenbauer Chakzampa Thangtong Gyalpo oder Techniktransfer von Tibet nach Europa

Prof. Manfred Gerner

Aus dem Leben eines universellen Heiligen

Er gilt als der Leonardo da Vinci Asiens: Der Tibeter Chakzampa Thangtong Gyalpo, wörtlich übersetzt: König der weiten Ebenen, Kettenbrückenbauer.

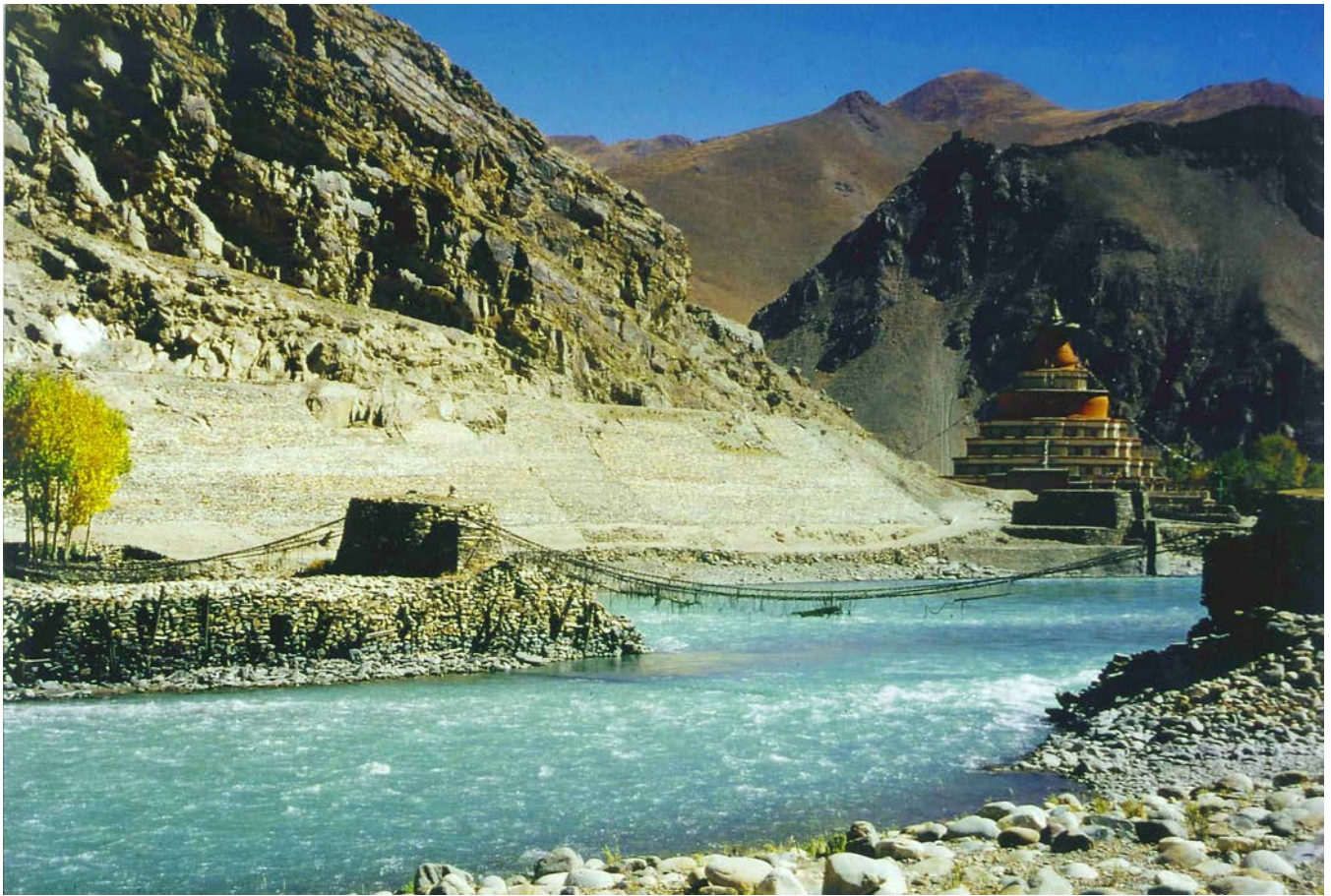
1385 wurde das Universalgenie im westlichen Tibet geboren, 1464 oder später ist er in Osttibet gestorben. Thangtong Gyalpo gründete eine eigene buddhistische Schulrichtung und wirkte als Philosoph, Dichter, Exorzist, Lehrer, Architekt, Ingenieur, Maler, Bildhauer, Arzt und nicht zuletzt als Kettenbrückenbauer. Die größten Erfolge hatte Thangtong Gyalpo dabei als Philosoph, Architekt und Kettenbrückenbauer und als solcher hat er den Kettenbrückenbau und damit auch den Hängebrückenbau in Europa und Asien entscheidend beeinflusst.

Aus Thangtong Gyalpos Jugend ist nicht zuviel bekannt. Fest steht, dass er gut ausgebildet wurde und umfangreiche Studien in verschiedenen Klöstern und bei verschiedenen buddhistischen Meistern absolvierte. Früh trat er dann auch selbst als Meister auf und lehrte in den bedeutendsten buddhistischen Klöstern und Schulen wie Sakya und Samye in Tibet.

Um 1420 machte Thangtong Gyalpo seine erste Reise in die Region Kongpo in Südtibet, um Eisenerz zu suchen. 1430 baute der Heilige seine erste große Kettenbrücke bei Lhasa über den Kyichufluss. Von da an wurde Thangtong Gyalpo Chakzampa, der Kettenbrückenbauer, genannt.

Brücken für die Köpfe und die Füße

Um seine Lehren weiter zu verbreiten und auf der Suche nach Eisen für seine Kettenbrücken wanderte Thangtong Gyalpo 1433 nach Bhutan. In Bhutan ist der Weg des Heiligen genau zu verfolgen, und am Rande dieses Weges liegen die von Thangtong Gyalpo erbauten Tempel, wie der Dungsit Lhakhang im Parotal, aber auch die Kettenbrücken oder deren Spuren. 1434 reiste Thangtong nach Tibet zurück, nicht ohne tausende von Pferdelaadungen an Eisenerz und fertig geschmiedeten Kettengliedern mitzunehmen. 1436 baute er die Brücke bei Pal Riwoche mit rund 100 Metern Weite und einem Flusspfeiler, die u.a. Heinrich Harrer auf seinem Weg von Indien nach Lhasa überquerte und die heute noch steht.



Kettenbrücke Chung Riwoche und das Heiligtum Kumbum Tschört, beide erbaut im 15. Jh. von Th. Gyalpo an der Ost-West Verbindung für Pilger in Tibet. Alle Abbildungen Manfred Gerner

Danach folgte Brücke für Brücke, von denen einige noch stehen, besser würde man sagen hängen. Von anderen gibt es nur noch Reste oder Angaben in der Literatur. Dazwischen errichtete der Heilige Reliquienschreine (Tschörten), Tempel und Klöster. Sein architektonisches Meisterwerk, den Chung Riwoche Kumbum mit neun Stockwerken, begann er 1449. Wichtiger für sein Lebenswerk waren aber die Eisenkettenbrücken.

Thangtong Gyalpo half den Menschen, Wege mit Hilfe von Brücken zu finden; Brücken, die zum religiösen Ziel führen, direkt oder über Brücken, die man überschreiten muss. 108 Eisenkettenbrücken soll er erbaut haben, 60 Holzbrücken und 108 Fähren. Da es bis dahin in Tibet nur vereinzelt Brücken gab, stellen allein die Kettenbrücken mit weltweiter Bedeutung eine außerordentliche Leistung dar.

Thangtong Gyalpos Ketten in der ETH Zürich untersucht

1200 v. Chr. war die Herstellung von Eisen in Zentralasien bereits bekannt. Die Kunst der Eisenbearbeitung und des Herstellens von Brücken aus Eisenketten aber waren das besondere Werk Thangtong Gyalpos. Es galt, durch immer wieder neues Erhitzen und Schmieden zunächst einmal Stahl herzustellen, aus diesem Stahl Rechteckstäbe zu schmieden, die Rechteckstäbe dann zu Kettengliedern

zu formen und diese schließlich wieder an den Enden diagonal überlappend bei rund 1400 Grad - das heißt bei fast flüssigem Eisen - in einem Feuerschweißverfahren zu verbinden. Wird das Eisen oder der Stahl dabei zu heiß, so wird er unbrauchbar. Thangtong Gyalpo vollendete diese handwerkliche Kunst auch zum Beispiel mit Zusätzen wie Arsenik als Flussmittel beim Feuerschweißen, der letzten Arbeit möglicherweise vor Ort an den Kettengliedern und erreichte so außerordentliche Stahlqualitäten, die nicht nur hoch belastbar waren und es an vielen Stellen noch sind, sondern auch bis zum heutigen Tage korrosionsfrei bleiben.

Mitte der Siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde ein Kettenglied einer Kettenbrücke von Thangtong Gyalpo aus Bhutan nach Europa gebracht und eingehend untersucht. In der Zusammenfassung stellt der Bericht der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich fest: „Abschließend kann gesagt werden, dass die Eisenketten der bhutanesischen Hängebrücken aus geschmiedetem Eisen hergestellt wurden. Die Kettenglieder wurden offensichtlich aus Eisenstangen gemacht, die zuvor aus kleineren Eisenstücken mit unterschiedlichem Kohlenstoffgehalt geschmiedet wurden. Die Eisenstangen wurden anschließend durch Erhitzen des Eisens über Kohlefeuer zu Kettenteilen geschmiedet. Auf diese Art war das Eisen in der Lage, Kohlenstoff zu absorbieren und so zu härterem Eisen (Stahl) zu werden. Dann wurden die

Kettenglieder durch eine Feuer-Schweiß-Technik, die heute unbekannt ist, geschlossen - möglicherweise vor Ort - und bei welcher ein dünner Film von leicht schmelzendem Eisen, das Arsenik enthält, auf die Oberfläche aufgebracht wurde. Diese Technik ist sonst nur bei römischen Schwertern bekannt.“ [Epprecht, Willfried: Brief report on the metallographic examination of an iron suspension bridge chain link from Bhutan, in: Tom F. Peters, Hrsg.: Die Entwicklung des Großbrückenbaus, Zürich 1979].



Die Ketten der Brücke von Chung Riwoche, auch nach vielen Jahrhunderten noch rostfrei

Brückentechnik im Himalaya

Leicht passierbare, durchgängige Wege sind eine Grundvoraussetzung für kulturelle wie wirtschaftliche Entwicklungen. Die Menschen im Himalaya haben dazu ein breites Spektrum zur Überwindung von Schluchten und Gewässern entwickelt.

Dazu gehören:

Eis- und Schneebrücken, zugefrorene Flüsse, Flöße und aufgeblasene Tierhäute, Yakfellboote und hölzerne Fährkähne, Steinplattenbrücken, Balkenbrücken aus Rundholz oder Kantholzstämmen, Seile aus Pflanzenfasern, Seile aus Yakhaut, Hängebrücken aus Pflanzen-

Rollen, hölzerne Auslegerbrücken, Eisenkettenbrücken / Stahlseilbrücken, Pionierbrücken / Bailey Brücken, Betonträgerbrücken, Betonbogenbrücken, Stahlfachwerkbrücken.

Die Eisenkettenbrücken stellen dabei bezüglich Qualität und Haltbarkeit über Jahrhunderte einen besonders wichtigen Teil der Brückentechnik dar.

Die Wege der Brücken nach Europa

Über zwei Wege kamen Thangtong Gyalpos Ideen, Techniken und vor allem die Hängebrücken nach Europa.

Der erste Weg ging über den Jesuitenpater Athanasius Kircher. Die Jesuiten unterhielten ab 1601 eine Missionsstation am Hof des chinesischen Kaisers in Peking. Nicht regelmäßig, aber doch gelegentlich, reisten Patres von Peking nach Rom. Der durch seine Reiseberichte bekannte Jesuitenpater Johannes Grueber reiste über Tibet und Indien zurück nach Europa. In Rom berichtete er ausführlich dem Sonderbeauftragten des Papstes Athanasius Kircher und dieser fasste nicht nur das gesamte Wissen, das er durch die Berichte der missionierenden Patres erhielt zusammen, sondern berichtete auch detailliert über die Kettenbrücken, die Grueber in Tibet benutzt haben musste, in dem 1667 in Amsterdam erschienenen Werk „China monumentis quæ sacris quæ profanis nec non variis natural et artis spectaculis aliacumque rerum memorabilium argumentis illustrata“. Diese Nachrichten führten in Europa noch nicht zum Bau größerer Hängebrücken, wohl aber zu einigen teilweise sehr fantasievollen Entwürfen, wie sie z.B. Faustus Verantius 1616 in seinem Werk „Machinae Novae“ (in Venedig verlegt) veröffentlichte. Erste kleinere Kettenbrücken als Fußgängerstege entstanden in Europa Ende des 18. Jahrhunderts.

Der zweite Weg war erfolgreicher.

1873 reiste Samuel Turner im Auftrag der Ostindischen Gesellschaft von Indien über Bhutan nach Tibet. Einer seiner wissenschaftlichen Begleiter, der Zeichner Leutnant Samuel Davis, nahm die Kettenbrücke von Thangtong Gyalpo bei Chukha zeichnerisch maßgetreu auf. 1800 erschien daraufhin in London Samuel Turners Band „An Account of an Embassy to the Court of the Teshoo Lama in Tibet, containing a narrative of a journey through Bootan and a part of Tibet“. Dieser Band enthält die Beschreibung und die genau bemaßte Zeichnung der Thangtong Gyalpo zugeschriebenen Kettenbrücke bei Chukha in Bhutan. Turners Mitteilungen waren so wichtig, dass schon im selben Jahr 1800 eine französische Übersetzung in Paris und 1801 eine gekürzte deutsche Übersetzung in Leipzig erschien.

Siegeszug der Ketten- und Hängebrücken

Mit dieser Veröffentlichung einer technisch exakt dargestellten Brücke Thangtong Gyalpos in Europa

beginnt die Entwicklung und der ungeahnte Siegeszug der Hängebrücken, zunächst als Kettenbrücken und dann mit Drahtseilen abgespannt, in Europa, Amerika und weltweit. Die Entwicklungen und Verbindungen zu Thangtong Gyalpo lassen sich durch zahlreiche Veröffentlichungen in Europa - bei denen Thangtong Gyalpo aber praktisch nicht erwähnt wird - exakt nachvollziehen.

Viele Stationen der Entwicklung von Kettenbrücken und Hängebrücken aus Drahtseilen lassen sich danach gut verfolgen. 1801 ließ der Friedensrichter James Finley die erste Kettenbrücke in der Nähe Philadelphias errichten und meldete 1808 ein Patent dazu an. 1811 erschien in den USA der Band „Treatise of Bridge Architecture“. 1816 bis 1817 wurden versuchsweise kleinere Kettenbrücken als Fußgängerstege in Schottland errichtet und 1819 bis 1820 baute dann Captain Samuel Brown mit der Union Bridge über den Tweed mit 110 Metern Spannweite die erste Kettenbrücke in Europa, die an die Dimensionen der Brücken von Thangtong Gyalpo anschloss.

Weitere große Hängebrücken folgten, und schließlich veröffentlichte 1823 Navier in Paris das grundlegende Werk über Hängebrücken in Europa „Becquey et mémoire sur les ponts suspendus“. Die Zeichnung und Beschreibung der Brücke von Thangtong Gyalpo in Naviers Werk spielt bei der Entwicklungsgeschichte eine entscheidende Rolle. Danach wurden Kettenbrücken praktisch über ganz Europa gebaut, so z.B. 1829 in Bamberg über die Regnitz. 1839 errichtete man den „Eisernen Hänger“ in Meschede über die Ruhr und 1840 bis 1849 wurde nach den Entwürfen des britischen Ingenieurs Clark die erste große Kettenbrücke mit 202 Metern Spannweite über die Donau in Budapest gebaut. 1898 folgte in Budapest eine zweite Kettenbrücke.



Zu den Weiterentwicklungen von Thangtong Gyalpos Kettenbrücken gehört die Kettenbrücke in Florianopolis/Brasilien mit einer Spannweite von 340 m.

1926 baute man in Florianopolis, der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Santa Catarina, mit 340 Metern freier Spannweite die am weitesten gespannte Kettenbrücke. 1938 schließlich wurde in Moskau die Krimsky-Brücke mit 168 Metern Spannweite als Augenkettenbrücke für Schwerlastverkehr über die Mosqua errichtet.

Eng an die Entwicklung der Drahtseiltechnik gebunden entstanden fast gleichzeitig mit den Kettenbrücken Hängebrücken aus Drahtseilen. Hierzu werden nur



Die Krimskybrücke in Moskau, 1938 in der Technik der Brücken von Thangtong Gyalpo errichtet

wenige Beispiele genannt. 1816 wurde wieder in Philadelphia ein Fußgängerstege über den Schuylkill mit 124 Metern Spannweite als Drahtseilhängebrücke gebaut. Von da an nahmen die Spannweiten sehr schnell zu. 1832 bis 1834 ist der Bau des Grand Pont bei Fribourg über die Saane mit 273 Metern Spannweite von Josef Chaley bemerkenswert. 1870 bis 1883 errichtete Washington August nach den Plänen seines Vaters, des Thüringers John August Roebling, die berühmte Brooklyn-Hängebrücke über den East-River in New York mit einer damals spektakulären Spannweite mit 486 Metern.

1896 bis 1897 errichtete man in Deutschland die erste große Drahtseilhängebrücke über die Argen bei Kressborn mit 72 Metern Spannweite. 1933 - 1937 wurde die Golden Gate Bridge in San Franzisko mit einer Spannweite von 1280 Metern errichtet und 1998 wurde die Hängebrücke über den Großen Belt zwischen Fehmarn und Seeland mit einer Spannweite von 1624 Metern fertig gestellt.

Eine der zwei Kettenbrückenkonstruktionen, die auf Thangtong Gyalpo zurückgehen, ist eine Spannbandbrücke, bei der die Ketten unmittelbar den Gehbelag tragen. Im Zuge der Weiterentwicklung von Hängebrücken aus Drahtseilen werden auch heute wieder Spannbandbrücken gebaut. So plante und errichtete Jürg Conzett 1999 bei Suransuns in der Schweiz eine 40 Meter weit gespannte Spannbandbrücke über die spektakuläre Via Mala Schlucht. Die Stahlteile wurde aus V4A Chromnickelstahl, der Gehweg aus Granitplatten hergestellt. Wenn man hier in die Zukunft denkt und zum Beispiel daran, wenn für die Spannbandbrücken Kohlefaserbänder Verwendung finden könnten, würden Brücken mit mehrerer Kilometern Spannweiten in einem System, das Thangtong Gyalpo erdachte, denkbar.

Die bekannten Stein- und Holzbrücken der Antike hatten allesamt Spannweiten von circa 15 bis 30 Metern. In den ersten 1700 Jahren nach Christi Geburt wurden einzelne spektakuläre Brücken mit Spannweiten bis zu etwa 40 Metern errichtet. Dazu gehörte sowohl die erste unter dem römischen Kaiser Trajan von Appolodorus, etwa 105 n.Chr. in Dacien, dem heutigen Rumänien, gebaute Holzbogenbrücke mit circa 20 Bogen, jeder mit einer lichten Weite von rund 34 Metern und einem Jochabstand von 51 Metern, aber

auch die An-ji-Brücke in China aus dem 7. Jahrhundert mit einem flachen Steinbogen mit etwa 40 Metern Spannweite. Auch die steinerne Brücke von Regensburg, 1135 - 1146 gebaut, und die berühmte Brücke von Mostar vom türkischen Baumeister Mimar Hajradin, 1557 bis 1566 errichtet, gehören in diesen Spannweitenbereich.

Alle großen Renaissancebaumeister beschäftigten sich mit möglichst weit gespannten Brücken. So konzipierte Leonardo da Vinci 1502 bis 1503 eine Holzbogenbrücke mit 360 Metern Länge und 24 Metern Breite über das Goldene Horn in Istanbul, die aber so nicht gebaut wurde. Die Konzeption da Vincis wurde inzwischen aber umgesetzt. Nach den Originalzeichnungen von 1502 wurde in Aas, in der Nähe Oslos in Norwegen, die Leonardo da Vinci-Brücke mit einer Länge von 109,20 Meter und einer Breite von 2,80 Metern als Fahrrad- und Fußgängerbrücke errichtet. Die im 16. Jahrhundert gebauten Beispiele hatten 25 bis 35 Metern Spannweiten, und die wiederum berühmte Brücke von Andrea Palladio mit einem als Fachwerk ausgebildeten Sprengwerk, die Ponte degli Alpini in Bassano über den Cismone, erreichte gerade einmal Spannweiten bis 12 Meter.

Einen richtigen Sprung erreichten erst wieder die Gebrüder Grubenmann, Zimmermeister in der Schweiz, in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Ulrich Grubenmann entwarf 1755 eine Holzbrücke über den Rhein bei Schaffhausen mit 119 Metern Spannweite, die aber auf Wunsch der Bauherren mit einem zusätzlichen Flusspfeiler gebaut wurde. Seine weiteste Spannweite erreichte Baumeister Grubenmann 1764 mit einer Holzbrücke über die Limmat. Sein Bruder Josef Grubenmann baute kurz danach eine Rheinbrücke bei Reichenau mit 71 Metern Spannweite.

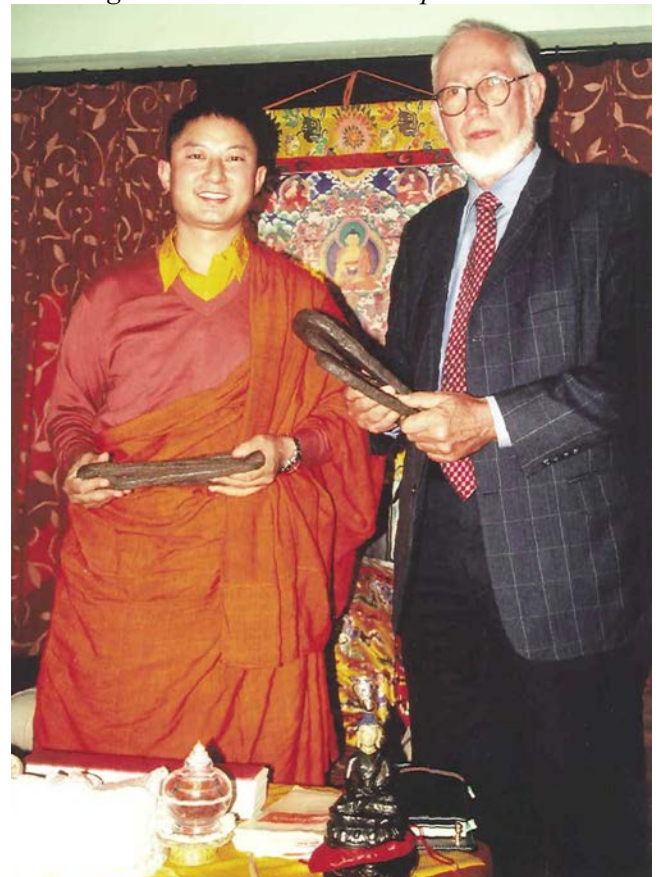
Kurz danach begann der Bau von Stahlbrücken mit zunächst wieder bescheidenen Spannweiten. 1769 wurde in Coalbrookdale in England die erste Gussstahlbrücke mit rund 30 Metern Spannweite errichtet. Spannweiten, wie sie Thangtong Gyalpo Anfang des 15. Jahrhunderts mit 80 bis 138 Metern in Tibet vorgab, wurden in Europa und Amerika in allen Materialien erst 400 Jahre später im 19. Jahrhundert erzielt.

Dieser Beitrag stellt im Wesentlichen Auszüge aus dem Band „Chakzampa Thangtong Gyalpo“ dar. In diesem Band wird das Leben des bedeutenden Genies dargestellt, mehr aber noch seine zahlreichen Brücken in Tibet und Bhutan. Der Band weist in vielen Anmerkungen auf Details und Quellen hin und verfügt über ein umfangreiches Literaturverzeichnis.

[Gerner, Manfred: Chakzampa Thangtong Gyalpo, Architekt, Philosoph und Kettenbrückenbauer, Gyalpo Edition, Fulda 2010, ISBN: 978-3-00-031456-8. Bezugsquellen: Asiatica Buchhandlung Zürich; Aree Greul, Buchversand Frankfurt und beim Autor]



Thangtong Gyalpo, Statue des Heiligen im Tempel am Chakpori in Lhasa/Tibet Unten: Die 12. Inkarnation des Heiligen mit dem Autor in Thimphu/Bhutan



Buchbesprechung: **Chakzampo Thangtong Gyalpo,** **Professor Manfred Gerner, Fulda**

Ein Buch über die Werke insbesondere die Eisenkettenbrücken -- des Architekten, Philosophen und Brückenbauers Chakzampo Thangtong Gyalpo (1385-1464 oder 1361-1485, je nach Überlieferung). Im 21. Jahrhundert wird dieses - als Heiliger verehrte Universalgenie - in Tibet und Bhutan immer noch hoch verehrt. Seine 12. Inkarnation lebt und wirkt in Bhutan und hat das Vorwort zum Buch geschrieben.

Manfred Gerner -- ein international anerkannter Fachmann für Fachwerk, konstruktives Bauen und Denkmalpflege -- hat sich über 30 Jahre lang mit diesem Universalgenie und seinen Werken beschäftigt. Durch seine treffenden Beschreibungen und reich bebilderten Texte gewinnt der Leser einen Einblick in die Bauweise der Tempel und Klöster und die unwegsame Landschaft, die der Heilige mit Kettenbrücken wirtschaftlich und kulturell zugänglich machte. Thangtong Gyalpo hat über 5.200 buddhistische Schriften verfasst, darunter auch die Tibetoper. Eine eigene Schulrichtung der tibetischen Ausrichtung des Buddhismus in Tibet und Bhutan gehört ebenso zum Lebenswerk Thangtong Gyalpos. Zahlreiche Mythen ranken sich um das Leben und Wirken des Heiligen.

Ein Schwerpunkt dieses Buches sind die eisernen Kettenbrücken, die Vorläufer der heutigen Hängebrücken. Die Spannweiten der Brücken von Thangtong Gyalpo in Tibet und Bhutan erreichten Anfang des 15. Jahrhunderts 80 - 130 Meter. Erst 400 Jahre später wurden solche Spannweiten in Europa und Amerika erreicht.

Thangtong Gyalpo war der erste, der Eisenketten als Tragkonstruktion für Hängebrücken benutzte. Er hat bei der Gewinnung des Eisens aus dem Erz und dem Schmieden der Kettenglieder persönlich mitgewirkt. Im 21. Jahrhundert sind von den ursprünglich 108 Brücken immer noch einige in Benutzung. Das Eisen der Ketten ist rostfrei.

Ein großer Beitrag des lesenswerten Buches ist die genaue Aufstellung der Bauten Thangtong Gyalpos hauptsächlich Tempel und Klöster und seine Brücken mit genauer Bauweise und Dar-

stellung der konstruktiven Unterschiede sowie die umfangreiche Bibliographie. Zum anderen stellt der Band eine Persönlichkeit vor, die Brücken für die Köpfe wie für die Füße schuf.

Das Buch öffnet allgemein verständlich die Technikgeschichte und Kultur und führt in die faszinierende Welt von Tibet und Bhutan ein.

Kassel, den 10. Juli 2011

Heinrich Klose

ལྷགས་ཟམ་པ་

Manfred Gerner

ཐང་སྟོང་རྒྱལ་པོ།

མཁྱེ་རེ་དགེ་ལེན་ལོ་ལ།

བཟོ་བོ་དཔོན་དང་མཚན་ཉིད་པ་དང་ལྷགས་ཟམ་པ།

Chakzampa

Thangtong Gyalpo

Architect, Philosopher und Iron Chain Bridge Builder



Abb.: Der Autor beim Vermessen einer Kettenbrücke in Tibet

Kulturelle Erfahrungen sammeln an Orten der Deutschen Märchenstraße

Die Deutsche Märchenstraße und die Märchensammlung der Brüder Grimm als Vermittler von Kultur

Harald Schmidt



Eva Hall und Jill Charrier beim Gespräch im Tourismusbüro Trendelburg, Foto H. Schmidt

Touristen aus den unterschiedlichsten Ländern, die die Deutsche Märchenstraße bereisen, gehören regelmäßig zu den Besuchern im Tourismusbüro Trendelburg. Dies war Anlass sich näher mit dem Thema auseinanderzusetzen und ein Interview mit dem Geschäftsführer der Deutschen Märchenstraße in Kassel für die HAL vorzubereiten. Vorab exemplarisch die Intentionen zweier Besucherinnen aus den USA.

Seit 2001 besteht in den USA ein privates Projekt zur Förderung kultureller Erfahrungen für Lehrer unterschiedlicher pädagogischer Ausrichtung. Gegründet wurde der „FUND FOR TEACHERS“ von dem texanischen Ölmagnaten R. Plant. Die Themenvorschläge der interessierten Pädagogen, die mit ihren Erfahrungen den Unterricht bereichern wollen, sind entscheidend für die Zulassung zur Förderung einer Auslandsreise. 4.400 Lehrer wurden in den vergangenen 10 Jahren mit bis zu 5.000 \$ pro Stipendiat gefördert, Teams mit 10.000 \$.

Zwei Teilnehmerinnen aus Huston/Texas waren in Trendelburg auf den Spuren der Deutschen Märchenstraße. Sie sammelten Eindrücke bestimmter Kulturen während ihrer Ferienzeit von Juni bis August. Die Zusammenfassung der Eindrücke als Film wird den Kindern gezeigt und anschließend darüber gesprochen. In ihrem Vorkindergarten sind 700 spanisch sprechende Vierjährige. Englisch ist Zweitsprache. Es soll die Vorstellungskraft der Kinder geformt und gefördert werden. Da das Thema Märchen sich für diese Altersgruppe sehr gut eignet, war Ziel der Reise die Ursprünge der Märchen kennenzulernen. Die Deutsche Märchenstraße bietet eine Route von Hanau bis Bremen an, der die beiden Frauen folgten. Anschließend sollten die keltischen Volkssagen in Irland studiert werden.

Weitere Informationen zum Projekt sind auf der Internetseite www.fundforteachers.org zu finden.



Fund for Teachers awards grants directly to teachers to support professional development opportunities of their own design.



Die Bedeutung der Deutsche Märchenstraße

Interview mit Benjamin Schäfer,
Geschäftsführer der Deutschen
Märchenstraße, Kassel
Harald Schmidt

Herr Schäfer, die Deutsche Märchenstraße, 1975 entstanden, hat sich 2007 neu konstituiert. Worin bestehen die Veränderungen zum vorherigen Konzept?

Die Veränderungen liegen vor allem in einer deutlichen Optimierung der Organisations- und Finanzstruktur durch die Gründung eines eingetragenen Vereins, den Aufbau einer eigenen Geschäftsstelle und weitere Maßnahmen.

Damit einher geht eine Differenzierung der Arbeitsweise in grundlegende Imagewerbung einerseits und Marketingprojekte andererseits, um die unterschiedlichen Interessen und Möglichkeiten der 60 Mitglieder zwischen Hanau und Bremen/Bremerhaven optimal einzubeziehen. In Verbindung damit wird auch verstärkt an der Qualitätsentwicklung gearbeitet, z.B.



Benjamin Schäfer, Foto dpa



Märchenfest der Dt. Märchenstraße 2010 im Park des Schlosses Wilhelmstal. Beteiligt am Märchenworkshop waren Märchenfiguren aus ganz Hessen. Foto Harald Schmidt

durch Schulungsangebote für lebendige Märchenfiguren.

Welche kulturelle bzw. touristische Bedeutung hat die Deutsche Märchenstraße für Hessen?

Unsere Satzung definiert einen kulturellen und einen touristischen Zweck:

- > zur Bewahrung und Inwertsetzung der deutschen Märchen, Sagen und Legenden und des kulturellen Erbes der Brüder Grimm bei zu tragen sowie
- > die Deutsche Märchenstraße nachhaltig als eine kulturtouristische Qualitätsmarke und eine der wichtigsten Ferienstraßen zu positionieren.

Hessen kommt in beiden Bereichen besondere Bedeutung zu. Es war die Idee des ehemaligen hessischen Staatsministers Dr. Herbert Günther, eine Ferienstraße zur Inwertsetzung des Vermächnisses der Brüder Grimm zu gründen.

Gut Zweidrittel der Mitgliedsorte der Deutschen Märchenstraße liegen in Hessen, was wiederum in engem Zusammenhang mit der recht großen Zahl von Lebens- und Wirkungsstätten der Brüder Grimm sowie von „Grimm-Initiativen“, wie z.B. Brüder Grimm-Gesellschaft, Schauenburger Märchenwache oder GrimmHeimat NordHessen, zu sehen ist. Sowohl bei der Bearbeitung ausländischer, ins-

besondere asiatischer Märkte also auch bei der Vorbereitung der anstehenden Grimm-Jubiläen drückt sich die große Bedeutung der Thematik in der wachsenden Zusammenarbeit in Hessen und mit der Hessischen Landesregierung sowie ihren Organisationen aus.

Wie kann die Deutsche Märchenstraße vor Ort erlebt werden, welchen Erlebniswert hat sie?

Die Deutsche Märchenstraße zeigt ihren besonderen Reiz in einem vielfältigen Angebot an Ausstellungen, Führungen, Lesungen, Theater und weiterem in den Mitgliedsorten, das quantitativ und qualitativ permanent weiter entwickelt wird. Gerade in unseren Partnerbetrieben in Hotellerie, Gastronomie und Freizeit beobachten wir eine starke Zunahme an thematischen Angeboten, wie z.B. märchenhafte Begegnungen mit Rapunzel oder Dorothea Viehmann. Viele dieser Angebote sind aber leider nur saisonal und/oder für angemeldete Gruppen erlebbar; doch vielerorts wird daran gearbeitet auch Angebote zu schaffen, die dauerhaft und auch für Individualreisende zugänglich sind, wie z.B. das neu eingerichtete Brüder Grimm-Haus in Steinau oder der "Grimm-Dich-Pfad" in Marburg.

Als Route erlebt werden kann die Deutsche Märchenstraße gegenwärtig vor allem durch Reisemobilisten, für die es einen eigenen Führer sowie ab 2012 erste Pauschalreiseangebote gibt.

Welche Aktionen sind besonders hervorzuheben?

Natürlich sind einige Angebote, wie z.B. die Rattenfänger-Aufführungen in Hameln oder die Grimmfestspiele in Hanau besondere Publikumsmagneten, doch möchte ich nichts besonders hervorheben, da eine Stärke der Deutschen Märchenstraße in ihrer inneren Vielfalt liegt. Und gerade die kleineren Orte mit ihren Angeboten, wie z. B. Lahntal mit dem Ubbelohde-Haus oder Trendelburg mit seinem Laternenweg, haben einen ganz eigenen Charme und Erlebnischarakter.

Gibt es Stärken der Deutschen Märchenstraße in Bezug auf bestimmte Zielgruppen?

Leider liegen keine verlässlichen Zahlen zur Beantwortung dieser Frage vor, doch nach unseren Erfahrungen lässt sich folgendes feststellen.

Gerade an ausländischen Märkten, wie z.B. Niederlande, Asien oder Nordamerika, ist die Deutsche Märchenstraße besonders bekannt und erfolgreich; wesentlich begründet durch die Bekanntheit der Grimms-Märchen dient sie häufig als eine Art Türöffner zur deutschen und europäischen Kultur.

Im deutschsprachigen Raum beobachten wir insbesondere am Reisemobilmarkt und bei (Bus-)Reiseveranstaltern deutlich wachsendes Interesse, was wir auch als Erfolg unserer gezielten Marketingaktivitäten werten können.

Und dann gibt es da natürlich noch die ungezählten Märchen- und Grimmfreunde, die häufig im Rahmen von Ausflügen Angebote an der Deutschen Märchenstraße wahrnehmen.

Wie zeitgemäß ist das Thema Märchen?

Das Thema ist, so kann man meines Erachtens feststellen, zeitlos und damit immer zeitgemäß; es unterliegt aber natürlich auch gesellschaftlichen Schwankungen.

In den Jahren 2012 bis 2015 feiern wir den „200. Geburtstag“ der mehrbändigen Kinder- und Hausmärchen; sie sind und bleiben offensichtlich weltweit bekannt und viele Verlage werden Sonderausgaben veröffentlichen.

Mit Blick auf dieses Jubiläum beobachten wir bereits seit letztem Jahr ein weiter wachsendes Interesse von Medien und Menschen aus aller Welt.

Gerade deshalb ist und bleibt es eine große Herausforderung, immer wieder neue Zugänge zu suchen, zu finden und zu ermöglichen, wie z.B. den Wettbewerb „Märchen meets Manga“ oder das Musical „Lost Hänsel und Gretel“.

An diesem Punkt gehen die kulturelle und die touristische Dimension unserer Arbeit eine besondere Verbindung ein. Denn es gilt, die märchenfernen Generationen der Jugendlichen und Jungerwachsenen auf Ihnen gemäßen Wegen für das Thema zu be-

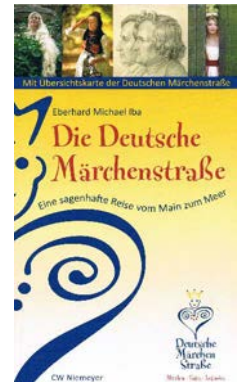
geistern und damit zugleich als zukünftige Urlauber an der Deutschen Märchenstraße zu gewinnen.

Die Deutsche Märchenstraße wird diesen Weg weiter verfolgen unter dem Motto von Carl Friedrich von Weizsäcker: „Tradition ist bewahrter Fortschritt, Fortschritt ist weiter geführte Tradition“. Dabei werden wir stets den Kriterien Authentizität, Qualität und Erlebbarkeit besondere Bedeutung beimessen. Und die Authentizität gerade auch der Grimm-Stätten in Hessen kann keine noch so „märchenhafte“ Region auf der Welt streitig machen.

Neuerscheinung: Die Deutsche Märchenstraße, Eine sagenhafte Reise vom Main zum Meer

Eberhard Michael Iba. ISBN 978-3-8271-9136-6, CW Niemeyer Buchverlage, Hameln, 2011

Dieses Buch möchte Sie einladen in die Welt der Märchen, Sagen und Legenden. Auf rund 320 Seiten finden Sie eine Auswahl der schönsten Märchen und Sagen sowie umfassende Informationen und zahlreiche Bilder zu den Orten der Deutschen Märchenstraße.



Zukunftsweisende Arbeit hessischer Radforen

Harald Schmidt



*Sitzung des Radforums Nordhessen 2010 in Kassel
Foto: Harald Schmidt*

Drei neu gegründete Radforen, Region Kassel /Nordhessen, Mittelhessen und Rhein-Main/Südhausen, betreiben in den letzten Jahren aktiv die Radverkehrsförderung in Hessen - Südhausen seit 2003, Region Kassel seit 2008, ganz Nordhessen seit 2010 und Mittelhessen seit Mai 2011. Hauptinitiatoren waren Verwaltungsbereiche mit Aufgabenfeld Radverkehr sowie der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e. V.). Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ist in die Arbeit involviert und sieht in den drei jetzt bestehenden



*Hessischer Radfernweg R 4 in Trendelburg-Stammen
Foto: Harald Schmidt*

großen Radforen eine wesentliche Verbesserung für die zukünftige Radverkehrsförderung. Die Universität Kassel und das Radforum Nordhessen regen u. a. eine Zusammenarbeit durch studentische Projekte an, welche die Fahrradfreundlichkeit der Kommunen durch eine Zertifizierung erhöhen soll.

Ziel ist es den wachsenden Verkehrsträger Radverkehr auf einen Anteil von 20 - 30 % zu steigern, um den CO₂-Anteil des Straßenverkehrs spürbar zu senken. Moderne Fahrradtechnik (Pedelects), gute RadÖPNV-Kombination, Festlegung eines Radroutennetzes, Ausbau der Radwege sowie eine bundeseinheitliche Beschilderung sind Wege dahin. Wichtig ist es eine hohe Wertigkeit des Radverkehrs in der Bevölkerung, Dafür spricht das Bewusstsein für Gesundheit durch Bewegung, Lärmreduzierung, Umweltfreundlichkeit, Energie- und Kosteneinsparung, Freude am Radfahren sowie der hohe wirtschaftliche Faktor im Bereich des Fahrrad-Tourismus.

Regelmäßig zentral stattfindende Sitzungen (Foren) unter Federführung der zuständigen Landkreise führen seitdem zu einem kontinuierlichen Informationsaustausch mit den Radverkehrsbeauftragten und Bürgermeistern der dortigen Kommunen. Daran nehmen auch alle am Radverkehr interessierten Vereine, Verbände und Behörden z. B. das Hess. Landesamt für

Straßenverkehr, Tourismus, ADFC, Polizei, Universität, ÖPNV etc. teil. In Form von Referaten und Berichten wird über aktuelle Projekte oder notwendige Verbesserungen der Infrastruktur berichtet und diskutiert. Der fahrradtouristische Bereich wird von dem Regionalmanagement Nordhessen koordiniert und fungiert seit 2010 als Radforum Nordhessen.

Folgende Projekte sind zurzeit in Vorbereitung bzw. in der Umsetzung:

- Neben der bundeseinheitlichen Radverkehrswegweisung eines Radroutennetzes für den Alltagsradverkehr in Kassel wird das Radroutennetz auch auf den Landkreis Kassel ausgeweitet.
- Eine Qualitätssicherung der Wege und Beschilderung soll über ein Schilderkataster per Identifikations-, Telefonnummer und E-Mail-Adresse ermöglicht werden. Auch die Hessische Meldeplattform dient mit der Internetadresse des Radroutenplaners www.radroutenplaner.hessen.de für eine effektive Rückmeldung der Radler. So wurde bisher erfolgreich in Frankfurt eine Möglichkeit zur Behebung von Mängeln durch die Kommune eingerichtet. Die Meldeplattform über das Internet wird zurzeit für ganz Hessen eingerichtet.
- Der Fernradweg R1-Fuldaradweg wird zurzeit durch den ADFC zertifiziert und soll vier Sterne (von 5 möglichen) erhalten. Mit bevorzugter Unterstützung des Landes Hessen soll dann eine Qualitäts-Radverbindung von der Nordsee über die Region Kassel bis zu den Alpen geschaffen werden (D9-Route). 12 große Informationstafeln wurden am R1 bereits installiert. Aufwändige Sanierungsarbeiten zwischen Kassel und Fulda sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes.
- „bike + business“ wurde vor einigen Jahren erfolgreich im Rhein-Main-Gebiet gestartet und wird nun in Kassel fortgeführt.
- „Fahrradmobilität in Hessen“ als gemeinsames Projekt des ADFC und der Goethe-Universität Frankfurt sowie des Hessischen Projektes Mobilität 2050 soll den Radverkehrsanteil schrittweise von gegenwärtig 6 % auf 15 % (2020) bis 20 % (2050) erhöhen. Die Potentiale des Radverkehrs sollen durch Forschung an praktischen Projekten ausgelotet und beschleunigt werden. Neue Potentiale wie eine großräumige Nutzung des Fahrrads mithilfe von unterstützendem Elektroantrieb sollen untersucht und in die zukünftige Planung mit einbezogen werden.
- 500 Leihfahrräder werden für ein Leihsystem in Kassel zur Verfügung stehen. Jede Station hat 10 Räder mit stufenloser Schaltung, die über eine Kundennummer ausgeliehen werden können.
- In einer gesonderten Verkehrsschau der Polizeiverwaltung Kassel soll 2011 das Thema Radverkehr thematisiert werden. Ziele sind Senkung der Unfallgefahr sowie Betrachtung und Auswertung kritischer Punkte.

Breitbandausbau im Landkreis Kassel



Peter Nissen

Schnelles Internet zur Versorgung der Bevölkerung und der Gewerbetreibenden wird immer wichtiger. Der Landkreis Kassel will deshalb einen leistungsfähigen Breitbandausbau zur Versorgung aller seiner Orte erreichen. „Hessens grüne Nordspitze“, wie der nördlichste Landkreis in Hessen auch genannt wird, zählt 29 Städte und Gemeinden und hier leben knapp 240.000 Menschen. Und damit sind wir auch schon bei dem Problem, was den Breitbandausbau bei uns angeht. Der Landkreis Kassel ist sehr ländlich strukturiert. Mit Ausnahme einiger weniger Kleinstädte haben wir es ausschließlich mit mittleren und vor allem kleinen Dörfern zu tun. Und unsere 126 Orte im Landkreis Kassel spüren heute bereits die Auswirkungen des demografischen Wandels mit der älter werdenden Bevölkerung und dem anhaltenden Bevölkerungsrückgang. Dazu kommt noch, gerade in den abgelegenen Dörfern, der Wegzug junger Leute und junger Familien.

Damit unsere Dörfer kein Auslaufmodell werden, müssen wir sie also attraktiv halten, damit auch jüngere Generationen hier eine Zukunft sehen. Das betrifft neben Arbeitsplätzen im ländlichen Raum natürlich Schulen, Kindergärten genauso wie Einkaufsmöglichkeiten und kulturelle und sportliche Angebote. Und zunehmend schiebt sich das Thema schnelles Internet in den Vordergrund. Inzwischen hat eine gute Breitbandversorgung den anderen Grundversorgungsbereichen den Rang abgelaufen. Ohne schnelles Internet werden wir die Arbeitsplätze und die jungen Leute nicht in den Dörfern halten. Und deshalb ist es ein Ziel des Arbeitskreises Demografie im Landkreis Kassel eine leistungsfähige und stabile Breitbandversorgung flächendeckend und nachhaltig aufzubauen.

Begonnen haben die Überlegungen durch eine landkreisweite Untersuchung der DSL-Versorgungssituation in den Ortschaften. Unsere Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft hat 2008 die DSL-Verfügbarkeit für jeden Ort im Landkreis ermittelt und anhand von Kartenmaterial differenziert aufgezeigt. Das Ergebnis war, dass die DSL-Versorgungslage zum einen sehr unterschiedlich ist - und das auch innerhalb der

Orte selbst - und zum anderen die Versorgungslage im ländlichen Raum insgesamt unzureichend ist. Da die Vermittlungsstellen seitens der Betreiber aus wirtschaftlichen Gründen überwiegend in größeren Ortschaften errichtet wurden, sind vor allem abgelegene kleine Ortschaften nur teilweise oder gar nicht an das DSL-Netz angeschlossen.

Diese Untersuchungsergebnisse waren für die Diskussion in den einzelnen Kommunen von entscheidender Bedeutung, denn anhand der Karten konnte sehr einfach abgelesen werden, wie der Versorgungsstand der einzelnen Orte wirklich ist. Man musste in den Rathäusern nicht mehr nur auf die Klagen der Einwohner vertrauen, sondern hatte mit diesen Karten plötzlich den schriftlichen Nachweis, dass gehandelt werden muss. Somit kam das Gesamtverfahren „Breitbandausbau im Landkreis Kassel“ erst durch diese Untersuchung ins Laufen. Die Verfügbarkeitskarten waren dann auch die Grundlage für das weitere Verfahren, denn sie dienten als Nachweis der fehlenden Breitbandversorgung der jeweiligen Ortschaften.

Und um das Gesamtverfahren voranzubringen, hat der Landkreis Kassel dann ab Mai 2009 einen Mitarbeiter als Kreiskoordinator extra für dieses Projekt freigestellt und zur Wirtschaftsförderung abgeordnet. So konnte hier eine Gesamtkoordination erfolgen, denn das Ziel, möglichst alle Ortschaften im Landkreis mit schnellem Internet zu versorgen, war nur zu erreichen, indem unsere Kommunen in die Lage versetzt wurden gemeinsam am neuen Förderprogramm des Wirtschaftsministeriums „Breitbandversorgung ländlicher Räume“ teilnehmen zu können. Ohne dieses Förderangebot des Landes, 60 Prozent der nicht gedeckten Investitionskosten des DSL-Ausbaus zu übernehmen, wäre dieses Projekt für viele unserer Städte und Gemeinden nicht zu schultern gewesen und auch ohne die Koordination der Wirtschaftsförderung und des Landkreises bei der Vorbereitung eines gemeinsamen Antragsverfahrens wäre so eine breite Gemeinschaftsinitiative nicht zu Stande gekommen. Denn 18 der 29 Landkreisgemeinden haben sich zu einer „Arbeitsgruppe DSL“ zusammengeschlossen, um das Projekt „Breitbandausbau im Landkreis Kassel“ gemeinsam durchzuführen.

Dazu war zunächst richtliniengemäß ein öffentliches Ausschreibungsverfahren zur Auswahl eines geeigneten Netzbetreibers durchzu-

führen, an dem sich mehrere Anbieter beteiligten und wo es im Verfahren zu einigen Nachbesserungen kam. Den Zuschlag bekam dann abschließend das Kasseler Unternehmen ACO Computerservice. Auch das Verfahren zur Überprüfung der Zuwendungsvoraussetzungen für das Förderprogramm „Breitbandversorgung ländlicher Räume“ wurde zentral von Wirtschaftsförderung und Landkreis koordiniert und in den Kommunalverwaltungen ausgearbeitet. Neben der Erarbeitung der Daten- und Planungsgrundlagen wurde eine Bedarfsermittlung anhand von Fragebögen in den einzelnen Orten durchgeführt. Mindestens fünf Prozent aller Haushalte des jeweiligen Ortes hatte ihr Interesse zu bekunden.

Nach der Beschlussfassung in den jeweiligen Gemeindeparlamenten folgte eine gemeinsame Antragstellung zur Förderung des Breitbandausbaus bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank. Im Juni 2010 erhielten die Kommunen dann ihre Förderbescheide in Höhe von ca. einer Mio. Euro Zuschuss. Die Förderquote beträgt 60 Prozent. Zunächst waren 18 Kommunen mit 58 Ortsteilen dabei.

Den Auftrag das kabelgestützte DSL-Netz für zunächst 3,1 Mio. Euro auszubauen erhielt die Firma ACO Computerservice. Ausgebaut wird eine Hybrid Lösung. Das DSL Signal wird per lizenziertem Richtfunk an bzw. in die Orte geleitet und über die bestehende Telefonleitungen an den Kabelverzweigern oder neuen sogenannten Schaltverteilern in die Häuser gebracht. Erreicht werden sollen dabei Übertragungsraten von bis zu 16 Megabit/s. Ein späteres Angebot von bis zu 50 Megabit/s unterstützt die eingesetzte Technik bereits.

Der Start der Umsetzung erfolgte Ende September 2010, nachdem alle beteiligten Kommunen ihren Kooperationsvertrag mit dem Unternehmen ACO Computerservice abgeschlossen hatten. Ende November 2010 war dann die Feinplanung fertig, aber der frühe Wintereinbruch Anfang Dezember mit seiner langen und ununterbrochenen Frostperiode verhinderte zunächst die Bauarbeiten und hat das Projekt um volle drei Monate verzögert. Anfang März 2011 begannen die Ausbaurbeiten. Der zentrale Einspeiseknoten in Kassel-Bettenhausen wurde installiert und in zahlreichen Orten sind inzwischen die DSL-Ortsverteilungen fertiggestellt und Technikstandorte ausgebaut. Die weiteren Orte folgen nach und nach. Der Ausbau hängt zwar etwas hinter dem Zeitplan hinterher, kommt aber gut voran. Ausgebaut wird in vier

Bauabschnitten.

Zur Zeit läuft das Baugenehmigungsverfahren für die zentralen Richtfunkmasten. Das gemeindliche Einvernehmen der Kommunen ist im Vorfeld eingeholt worden, um den Ausbau zu beschleunigen. Die Bauaufsicht des Landkreises ist sehr um zügige Bearbeitung bemüht. Und auch die Untere Naturschutzbehörde stellt die Berechnung der Ausgleichsverpflichtungen hinten an, um das Projekt nicht zu verzögern.

Probleme beim Ausbau gibt es immer wieder durch Anwohnerproteste. Oftmals wurden die Anwohner von den Kommunen nicht über den Ausbau der Technikstandorte in Kenntnis gesetzt. Darüber hinaus wollen die Anwohner vielerorts keinen großen Schaltkasten vor ihrem Grundstück dulden. Es wird dann mit der jeweiligen Kommune zusammen nach Alternativen gesucht. Zum Teil kommt es zum Verlegen von Technikstandorten, was natürlich weiteren Kosten verursacht.

Auch die Zusammenarbeit mit einigen Kommunen wird als zurückhaltend beschrieben. Die Einverständniserklärungen als Wegebaulastträger wurden teilweise sehr schleppend beantwortet. Zwar können die Probleme gelöst werden, aber das belastet das öfteren den Zeitplan. Bei der Mehrzahl der Städte und Gemeinden geht die Rückmeldung aber schnell und unbürokratisch. Die Zusammenarbeit mit den Bauverwaltungen der Kommunen klappt darüber hinaus reibungslos.

Kooperativer hatte man sich die Zusammenarbeit mit der Telekom Deutschland vorgestellt. Von den 18 bei der Telekom in Auftrag gegebenen Schaltverteilern konnte Anfang Mai 2011 noch kein einziger zur Nutzung übergeben werden, obwohl die maximale Bereitstellungsfrist bereits überschritten war. Dadurch kam es zu weiteren Verzögerungen des Projektes.

Die Gesamtfertigstellung des DSL-Ausbaus im Landkreis Kassel ist für Ende 2011 geplant. Inzwischen sind fünf weitere Kommunen dazugekommen, so dass sich jetzt 23 Städte und Gemeinden mit 74 Ortsteilen beteiligen. Die Nutzungsverträge werden direkt zwischen ACO Computerservice und Endverbraucher abgeschlossen. ACO Computerservice hat drei Pakete mit DSL 3.000, 6.000 und 16.000 Megabit/s als Flatrate im Angebot. Die Preise liegen zwischen 19 und 39 Euro im Monat. Zusätzlich wird den

Kunden auch der Telefondienst als Option angeboten. Zur Zeit liegen die Anmeldungen noch hinter den Erwartungen zurück, was wohl daran liegt, dass die Freischaltungen in den Orten erst nach und nach erfolgen.

Insgesamt kann aber bei dem Projekt „Breitbandausbau im Landkreis Kassel“ schon jetzt von einem großen Erfolg gesprochen werden, denn es wird in großen Teilen die flächen-deckende kabelgebundene DSL-Versorgung mit bis zu 16 Megabit/s erreicht. Später soll das System auf bis zu 50 Megabit/s ausgebaut werden. Mit dem hier vorgestellten Projekt „Breitbandausbau im Landkreis Kassel“ werden wir im Laufe des Jahres 2011 die Grundversorgung mit schnellem Internet auch in unseren entlegenen kleinen Dörfern erreichen und kommen damit in unseren Bemühungen den ländlichen Raum attraktiv zu halten einen wesentlichen Schritt weiter.

Der Aufbau des Hochgeschwindigkeitsinternets wird dann im Nordhessenverbund erfolgen. Das Regionalmanagement NordHessen wird für die gesamte Region mit allen fünf Landkreisen und der Stadt Kassel ein Konzept für den flächen-deckenden Ausbau der Dateninfrastruktur auf Glasfaserbasis erstellen lassen.

Weitere Informationen:

Landkreis Kassel, Amt für den ländlichen Raum
Dipl.-Ing. Peter Nissen, Kreiskoordinator Breitbandausbau, Manteuffelanlage 5
34369 Hofgeismar
Tel. 05671/8001-2413
peter-nissen@landkreiskassel.de



Bürgerkommune = Energiekommune: Jetzt in kooperative Energieversorgung investieren

Karl-Christian Schelzke



Die Energiewende ist politisch beschlossene Sache. Nun gilt es, die Vorgaben zu Gunsten der Städte und Gemeinden Hessens zu nutzen. Der regionalen Wirtschaft, den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern ergibt sich die wohl einmalige

Chance, gemeinsam in Ihre Zukunft zu investieren. Allein in Hessen werden weit mehr als 1.000 neue Produktionsstellen entstehen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien wird aber nur dann mit dem beabsichtigten Tempo und in der erforderlichen Qualität gelingen, wenn möglichst viele der hiervon Betroffenen auch zu ökonomischen Gewinnern der Energiewende gemacht werden. Dies gilt sowohl für die Ebene der Gemeinden und Städte als auch für Bürgerinnen und Bürger selbst, die sich auf dem regionalen Energiemarkt organisieren können.

Energie für ländliche Gemeinden ein Gewinn

Die bis heute verwendete Grundannahme, erneuerbare, in den Regionen produzierte Energie sei teurer als fossile Energieträger oder Kernenergie, ist kritisch zu betrachten. Die regionale Wertschöpfung reicht vom lokalen Rohstoff- oder Flächenlieferanten, über den örtlichen Handwerker und Gewerbebetrieb, der regionalen Bank und Sparkasse bis hin zum Verbraucher. Das durch die Energiegewinnung erzielte Geld bleibt als Investitions- und Kaufkraft in der Region. Prognosen sagen aus, dass in der regionalen Wertschöpfungskette von jedem Euro -,90 Cent vor Ort verbleiben.

An den absehbaren Ausbau alternativer Energien sind die hessischen Gemeinden also auch aus ökonomischen Gründen interessiert. Zahlreiche Städte und Gemeinden (bzw. mit diesen verbundenen Gesellschaften) haben den Weg zu der regenerativen Energie ohnehin bereits aufgenommen, einige sind bereits soweit, dass sie mehr Strom produzieren als sie verbrauchen.

Wenn nun der Weg weiter beschritten werden soll, müssen die politischen Voraussetzungen verbessert und die Förderanreize neu formuliert werden. Hier sind besonders die Landes- und Bundesregierung gefordert.

Zugleich aber haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Gemeindeverantwortlichen vor Ort die Chance, eine überparteiliche, regionale Kooperation zwischen Wirtschaft, Bürgerschaft und vor allem wichtigen gesellschaftlichen Gruppen anzustreben mit dem Ziel, Energie vor Ort zu erschließen. Die durch die Katastrophe in Fukushima neu ausgelöste Debatte um die Zukunft der Energieversorgung hat ungeahnte Potentiale freigelegt.

Bündnisse schmieden

Zu befürchten ist jedoch, dass es erneut überregionale Investoren sind, die sich den größten Teil des „Kuchens“ holen und die Kommunen um ihre Rendite bringen. Darum ist es aus der Sicht der Gemeinden notwendig, breit angelegte regionale Bündnisse zu schmieden, die besonders dann tragfähig sein werden, wenn sie frühzeitig nach den Regeln der kooperativen Ökonomie aufgebaut werden und selbstbewusst auf dem Energiemarkt auftreten. So wurden beispielsweise an vielen Orten in Hessen regionale Energiegenossenschaften gegründet, die transparent und demokratisch die unterschiedlichen Teilinteressen vor Ort zu Gunsten des gemeinsamen Ziels bündeln, um eine ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe am Energiemarkt zu erreichen. Zudem bietet sich hier auch eine interkommunale Zusammenarbeit an. Gerade für den ländlichen Raum ergibt sich die einmalige Chance die erkennbare „Goldgräberstimmung“ für sich zu nutzen. Die regionale Energieproduktion stellt über dies eine wegweisende Perspektive dar, da es immer sinnvoll ist, Energien möglichst nah am Ort der Verwendung zu produzieren. Wenn die Energie vor Ort mittels Windkraft, Solarkraft oder Biogas erzeugt wird, kann dabei zusätzlich die entstehende Wärme unmittelbar vor Ort mit genutzt werden. Ein attraktiver Energiepreis ist ein wichtiger Standortfaktor für Städte und Gemeinden jenseits der Ballungsräume. Zudem bietet der Gedanke, dass sich Bürgerinnen und Bürger gemeinsam für Ihre Region engagieren, einen nicht zu unterschätzenden Faktor der Identifikation. Offen bleibt die Frage, wie künftig regionale Stromerzeugung vernetzt werden kann, um den Energiebedarf der Ballungsräume und der Großindustrie zu decken. Damit die Energiewende ein Erfolg wird, werden alle Ressourcen der alternativen Energieerzeugung zu mobilisieren sein. Hier darf jedoch kein Missverhältnis zwischen zentralen, Großindustrieanlagen und dezentralen Anlagen von privaten, Stadtwerken, interkommunalen Gemeindewerken oder Bürgerkraftwerken entstehen. Ein noch wenig beachteter Aspekt für den ländlichen Raum ist das bisher weitgehend ungenutzte Potential der Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Freiflächen. Es ist aus Sicht der Kommunen nicht nachvollziehbar, warum ausschließlich Anlagen auf Konversionsflächen vergütet werden. Die Förderung von Photovoltaik auf Acker- und Grünrandflächen sollte gezielt ermöglicht werden.

Fairnis und Transparenz

Bei aller Begeisterung für neue Wege in der Energiegewinnung ist klar, dass es eine schnelle und zudem bezahlbare Energiewende bei gleichzeitiger Gewährleistung der Versorgungssicherheit nicht zum Null-Tarif geben kann. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen dürfen jedoch nicht durch zu hohe Energiepreise überfordert werden. Erforderlich sind hier Transparenz und Ehrlichkeit in der Debatte. Staatliche Subventionen für erneuerbare Energien müssen deshalb regelmäßig in einem transparenten Verfahren überprüft werden, um einen möglichst effizienten Mitteleinsatz zu gewährleisten. Gleiches gilt für die im Netzbereich notwendigen Investitionen in die Energieverteilernetze. Wenn die Energiewende ein gesamtgesellschaftlicher Konsens ist, müssen damit verbundenen Mehrkosten gerecht verteilt werden.

Nur eine Energiewende mit Augenmaß, Engagement und Innovationsfähigkeit wird erfolgreich sein.

Harrisburg-Tschernobyl Fukushima - aus der Atomenergienutzung können und müssen wir so schnell es geht aussteigen

Peter H. Niederelz

Vor über 30 Jahren führte die damalige SPD geführte Bundesregierung den „Bürgerdialog Kernenergie“ durch. An ihm waren Befürworter und Gegner beteiligt. Hätte man diese demokratische und in ihrer Art damals einmalige Aktion nicht zugunsten einseitiger Informationspolitik pro Atomenergie abgewürgt, hätten wir heute wahrscheinlich eine bessere Situation. Die junge Bundesrepublik Deutschland war Anfang der 50er Jahre froh, dass ihr die alliierten Siegermächte wenige Jahre nach dem schrecklichen Weltkrieg die Forschung an der damals für viele verheißungsvollen Nutzung der Atomkernspaltung zur Erzeugung von elektrischem Strom erlaubten. Das erste deutsche Atomprogramm wurde aufgelegt. Erster Atomminister wurde am 06. Oktober 1955 Franz Josef Strauß. Der erste Forschungsreaktor ging Anfang 1958 an der TH-München in Betrieb. Es herrschte in der Politik damals darüber weitgehend Konsens. Auch die SPD drückte in ihrem Godesberger Programm von 1959 ihre große Hoffnung für Aufschwung und Wohlstand im atomaren Zeitalter aus. So war es kein Wunder, dass ab Anfang der 60er Jahre beginnend mit dem Reaktor in Kahl Atomkraftwerke in Deutschland gebaut wurden. Mitte der 70er Jahre geriet der Prozess ins Stocken. Es regte sich beginnend

im baden-württembergischen Whyll Widerstand gegen dortige Atomkraftwerkspläne. Dieser setzte sich unter anderem in Biblis, Brokdorf und Gorleben fort. Bundesminister für Forschung und Technologie war in der Zeit Hans Matthöfer (SPD). Er führte den Dialog mit den Gegnern und auf seine Initiative hin begann das Bundesministerium für Forschung und Technologie im Auftrag der Bundesregierung und aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Regierungschefs von Bund und Ländern den „Bürgerdialog Kernenergie“. Er sollte als öffentliche Informations- und Diskussionsaktion alle mit der Nutzung der Atomenergie zusammenhängende Fragen behandeln. Das war etwas völlig Neues. Vorher war man von Bundesministerien eher Verlautbarungen gewohnt. Ohne Willy Brandts Forderung „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ wäre dies nicht möglich gewesen. Es sollte die Chance wahrgenommen werden, die Entwicklung der künftigen Energieversorgung mit einem breit angelegten öffentlichen Meinungsbildungsprozess zu verbinden. Als ich Anfang 1979 als Referent im Stab des Bundesforschungsministeriums dafür zuständig wurde, waren bereits große Gruppen der Gesellschaft beteiligt. Zu den Gegnern der Atomkraftnutzung zählten zahlreiche Bürgerinitiativen die im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) lose zusammengeschlossen waren, kirchliche Jugendverbände, Gewerkschaftsjugend, die Jusos als Jugendorganisation der SPD und viele weitere. Die Grünen gab es damals noch nicht. Jo Leinen war BBU-Vorsitzender, Petra Kelly und Herbert Gruhl kandidierten als Atomkraftgegner 1979 bei der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments. Am Bürgerdialog Kernenergie beteiligten sich immer mehr Menschen. In seinem Rahmen erschien in 13 Bänden die Schriftenreihe „Argumente in der Energiediskussion“. Als Zweimonatsheft wurde in der damals hohen Auflage von 130.000 Exemplaren die Zeitschrift „Energiediskussion“ veröffentlicht. Darin wurden einerseits Informationsbeiträge der Bundesregierung zum Thema, andererseits aber auch kritische und ablehnende Beiträge veröffentlicht. Es erschienen weiterhin zahlreiche Einzelpublikationen teils in Zusammenarbeit mit großen Gruppen und Verbänden. Mit wichtigen Zielgruppen, wie der deutschen Jugendpresse, dem Deutschen Volkshochschulverband und den Kirchen wurden Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt. Es wurden auch viele Informationsveranstaltungen Dritter gefördert.

Als am 28. März 1979 der schwere Atom-Unfall in Three Mile Island im amerikanischen Harrisburg trotz der Beschwichtigungsversuche der Betreiber sehr deutlich die reale Existenz des hohen Risikos belegte,

blieb die Diskussion in Deutschland davon natürlich nicht unbeeinflusst. Der Widerstand gegen die Atomenergienutzung wurde stärker. In dem früher einmal von dem damaligen niedersächsischen Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) als „Nuklearer Entsorgungspark“ bezeichneten Projekt im niedersächsischen Gorleben formierte er sich in besonderer Weise. Die damals einflussreiche Jugendorganisation der SPD verlegte einmal ihren Bundeskongress von Hannover dorthin, um dagegen zu protestieren. Bundesvorsitzender war damals Gerhard Schröder, der spätere Bundeskanzler. Ich war als Privatmann mit meiner damaligen Freundin und heutigen Ehefrau auch dabei. Der Bürgerdialog Kernenergie hatte damals auch mächtige Gegner, die die Atomenergienutzung und die Gewinne daraus für unantastbar ja nicht einmal für diskutierbar hielten. Einmal beschwerte sich ein Oberkreisdirektor aus der Gegend von Gorleben beim damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt über mich, weil ich an Informationsveranstaltungen dort auch die Bürgerinitiative gegen das Projekt beteiligt hatte. Dies sei eine Missachtung des gewählten Kreistages. Ihm wurde geantwortet, dass man sich diese Missachtung durch mich nicht vorstellen könne, da ich doch selbst im Ehrenamt Kreistagsabgeordneter in meinem Heimatkreis sei. Die Gegner des „Bürgerdialogs Kernenergie“, in dessen Rahmen damals auch schon Alternativenergien und Energiesparen behandelt wurden, versuchten das Projekt finanziell auszutrocknen. Nach dem Regierungswechsel 1982 wurde dieses Pionierprojekt beispielhafter Bürgerbeteiligung abgewürgt. Es wurden in Deutschland und in Europa trotz ungelöster Entsorgungsfrage weitere Atomkraftwerke gebaut.

Der Anteil der Atomkernspaltungsenergie am Primärenergieverbrauch lag Ende 2010 in Deutschland bei 10,8 Prozent. Oft wird das verwechselt mit dem Stromverbrauch, der ja nur ein Teil des gesamten Energieverbrauchs ist. Sicherlich auch durch die verheerende Atomkraftwerkskatastrophe in Tschernobyl 1986 wuchs die Ablehnung in Deutschland beträchtlich. Mit der Vereinbarung der damaligen rot-grünen Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000, die Nutzung der vorhandenen Atomkraftwerke zeitlich zu begrenzen und keine neuen mehr zu bauen wurde die Wende hin zum Ausstieg erreicht. Es wurde ein entsprechendes Ausstiegsgesetz am 22. April 2002 im Deutschen Bundestag beschlossen. Dieses sah vor, dass die ursprünglich 19 Atomkraftwerke bis 2021 abgeschaltet werden. Stade und Obrigheim gingen dann vom Netz. Dieses Konsensgesetz wurde auch in

der Zeit der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD weiterverfolgt. Die jetzige Koalition aus CDU/CSU und FDP verließ diesen Konsens und setzte am 29. September 2010 eine Laufzeitverlängerung von im Schnitt zwölf Jahren pro Atomkraftwerk durch. Dieses Gesetz zum Ausstieg aus dem Ausstieg trat nach der Unterschrift durch Bundespräsident Wulff am 08. Dezember 2010 in Kraft. Die SPD geführten Bundesländer reichten am 28. Februar 2011 dagegen Klage beim Bundesverfassungsgericht ein.

Seit dem Beginn der verheerenden Unfälle im Atomkraftwerk in Fukushima am 14. März drängen in Deutschland immer mehr Menschen auf einen sehr schnellen Ausstieg. Auch die anderen Länder in Europa und in der Welt, die bislang größere Teile ihrer Energieversorgung mit Atomkraft decken, werden von der Fukushima-Katastrophe nicht unbeeindruckt bleiben können. Bei Tschernobyl konnte man auf veraltete Technologie der Sowjetunion verweisen. Im Hochtechnologieland Japan geht das nicht mehr.

Jetzt müssen endlich die Lehren gezogen werden, dass die Nutzung der Atomenergie unverantwortbar ist. Das dem Bundesumweltministerium unterstellte Umweltbundesamt (www.umweltbundesamt.de) hält nach einer aktuellen Studie den Ausstieg schon 2017 für machbar. Bis 2050 könnte dann der Strombedarf in Deutschland komplett aus regenerativen Quellen kommen und damit auf Importabhängigkeiten von Öl, Gas und Kohle verzichtet werden. Voraussetzungen sind hohe Investitionen in neue Übertragungsnetze und Speicherkapazitäten. Ganz wichtig ist, dass die Städte, Kreise und Gemeinden mitziehen. Hätten wir in Deutschland den damaligen Dialog über die beste Energiezukunft weitergeführt und uns schon vor 30 Jahren stärker auf Alternativen konzentriert, wären wir heute in einer besseren Situation. Die Lehre daraus ist, dass eine offene Bürgerbeteiligung in zentralen Themenbereichen heute mehr denn je in Deutschland und auch in der EU ratsam ist.

Zum Autor:

Nach dem Studium der Erziehungswissenschaften, Psychologie, Politikwissenschaft und Wirtschaft an der Universität Bonn und juristischem Ergänzungsstudium an der Rheinischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie war Peter H. Niederelz, bevor er zuständiger Referent für den Bürgerdialog Kernenergie im Bundesministerium für Forschung und Technologie wurde, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik. 1985 kam er dann in die Landesverwaltung des Landes Hessen, bei der er seit 1991 Ministerialrat ist. Im Nebenamt ist er Dozent für Verwaltungsmanagement und im In- und Ausland

tätig. In herausgehobenen Ehrenämtern u. a. in der überparteilichen Europa-Union-Deutschlands, im Verband der Europäischen Wissenschaftspublizisten sowie als Akademiemitglied der Hessischen Forschungsakademie (HAL) widmet er sich in erster Linie den Themen Europa und der Sicherung des Innovationsstandortes Deutschland und Europa.

„Unser Dorf hat Zukunft“ - ein Wettbewerb zur Unterstützung eines aktiven Gemeinwesens und einer nachhaltigen Kommunalentwicklung - ein Bericht aus Hessen*

Roswitha Rüschen

Zusammenfassung

Mit gut 50 Jahren zählt der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ zu den ältesten in Hessen. Heute motiviert er die Bewohner, ein Leitbild und Ziele für die örtliche Entwicklung aufzustellen und über Projekte umzusetzen.



Da weder externe Planer oder Moderatoren bereit gestellt werden, noch Projektmittel fließen, setzt der Wettbewerb bei den Engagementstrukturen an. Er setzt auf die Alltagskompetenz der Bewohner und ihren Gestaltungswillen, spricht aber auch die politisch Verantwortlichen an. Bewertet und gewürdigt werden, wie die Bewohnerinnen und Bewohner ihre Ausgangssituation aufgreifen und in der Gegenwart die Zukunft gestalten. Dabei gilt der Grundsatz: Jeder Ort ist einmalig! Im Ergebnis stehen sichtbare Veränderungen wie Projekte beispielsweise zur Verbesserung der Infrastruktur oder des Ortsbildes. Der Wettbewerb besitzt aber auch Langzeitwirkungen. Arbeitskreise wie „Unser Dorf“, neuartige Partnerschaften und wirtschaftliche Zusammenschlüsse zeugen von einem veränderten Miteinander. Der Dorfwettbewerb öffnet Türen, unterstützt und begleitet nachhaltige dörfliche und gesamtkommunale Veränderungen. Dass er damit auch die lokale Demokratie stärkt, ist fast schon selbsterklärend.

Lassen Sie mich mit einer Frage beginnen: Welche Gedanken verbinden Sie mit dem „Dorfwettbewerb“? Hier einige Möglichkeiten: „*Unser Dorf soll schöner werden*“, *Blümchenwettbewerb*; *sauberes Dorf*, *aktive Dorfbevölkerung*, *Selbsthilfe*, *neuartige Trägerkonzepte*, *erweiterte Infrastrukturangebote*, *nachhaltige Ortentwicklung*.

Die Reaktionen auf den Wettbewerb sind erfahrungsgemäß unterschiedlich. Während sich insbesondere Städter zuweilen spöttisch über den Traditionswettbewerb äußern, sehen Bewohner der ländlichen Räume in ihm eine Chance für den Einstieg in eine auf die Zukunft ausgerichtete Orts- und Kommunalentwicklung oder aber, bei regelmäßiger Teilnahme, als ein Instrument, den Prozess aktiv mit zu gestalten.

Der nachfolgende Beitrag nimmt am Beispiel des Bundeslandes Hessen Stellung zu der Frage, welche Bedeutung der Dorfwettbewerb für die Entwicklung ländlicher Kommunen besitzen kann. Hierzu wird eingangs der Hessische Dorfwettbewerb vorgestellt. An dem Beispielsort Cölbe-Schönstadt werden einige (Zwischen-) Ergebnisse und Wirkungen einer Wettbewerbsteilnahme skizziert. Diese werden um Meinungen aus weiteren Orten, u. a. zur Motivation ergänzt. Abschließend werden einige Grenzen und Anforderungen an eine Weiterentwicklung des Wettbewerbes vorgestellt.

Der Dorfwettbewerb zwischen Tradition und Moderne

Unter dem Motto „Unser Dorf soll schöner werden“ lobte Hessen als erstes Bundesland 1958/1959 den Dorfwettbewerb flächendeckend aus. Auf Initiative der Deutschen Gartenbaugesellschaft folgte 1961 eine Ausschreibung auf Bundesebene. Ungeachtet aller politischen Veränderungen begleitet der Wettbewerb seitdem unter veränderten Überschriften die Entwicklungen in den hessischen Dörfern. Er erfreut sich nach wie vor einer großen Nachfrage. Als ältester bürgernaher Wettbewerb erreicht er deutschlandweit, zuletzt 2010, 3.300 Orte. In Hessen beteiligen sich 2011 159 Orte.

Damit stellt sich die Frage: Mit welcher Idee überzeugt und motiviert der Wettbewerb so viele Bürgerinnen und Bürger über einen so langen Zeitraum? Was macht den Wettbewerb aus, dass sich Jung und Alt für ihren Lebensmittelpunkt begeistern und engagieren?

Hessen hat 21 Landkreise, 5 kreisfreie Städte und 421 Kommunen mit ca. 2.704 Orts-/Stadtteilen. Kommunalrechtlich handelt es sich hierbei um Stadtbezirke. Ihnen stehen (unselbstständige) Ortsbeiräte vor. Nach dem Entwicklungsplan für den ländlichen Raum (EPLR) beinhaltet der ländliche Raum „verschiedene Typen ländlicher Räume“. In ihm fließen sowohl die nach dem Landesentwicklungsplan (LEP) ausgewiesenen „ländlichen Räume“ als auch Teile der „Ordnungsräume“ ein. „Im Ergebnis werden über 80 % der Landesfläche und 50 % der Bevölkerung dem ländlichen Raum Hessen zugeordnet.“

Nach der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung nimmt die Bevölkerung bis 2030 gegenüber 2008 mit Ausnahme der kreisfreien Städte

Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt sowie des Main-Taunus-Kreises ab. Der größte Verlust wird im Werra-Meißner-Kreis mit minus 17,8 % erwartet.

Inhalte und Bewertung im Wandel

Der Aufruf zum Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" richtet sich an ländlich strukturierte und geprägte Orte mit bis zu 3.000 Einwohnern. Hierbei handelt es sich um die Ortsteile einer Gemeinde oder Stadt. Formaler Antragsteller ist die Kommune. Der Wettbewerb fordert die Bewohnerinnen und Bewohner auf, Veränderungen in ihrem Gemeinwesen initiativ und aktiv mit zu gestalten. Ziel ist, eine hohe Lebensqualität im Ort zu sichern. Der Wettbewerb geht dabei von der Unverwechselbarkeit eines jeden Ortes aus.

Im Wettbewerb werden Engagement und außergewöhnliche Beiträge von den Dorfbewohnern und auch der Gemeinde, vorgestellt. Dieses erfolgt im Rahmen einer örtlichen, max. zweistündigen Präsentation mit textlicher Erläuterung. Grundlage der Bewertung der Wettbewerbsbeiträge ist die ganzheitliche Betrachtung des Lebensmittelpunktes. Dabei wurden und werden die thematischen Schwerpunkte des Wettbewerbs stets den gesellschaftlichen und politischen Anforderungen angepasst. Deutlich wird dieses bei einer Analyse der Entwicklung der Bewertungskriterien, insbesondere ihrer Auslegungen. Sie spiegeln den gesellschaftlichen Wertewandel wider. Beschrieben an der Bewertung der baulichen Entwicklung heißt das beispielsweise: Neben der Betonung ortsbildpflegerischer Aspekte erhielten zunehmend bis in die 70er Jahre bodenrechtliche, (raum-) ordnungspolitische und städtebauliche Anforderungen ein größeres Gewicht. Das Ziel der Erhaltung und Neunutzung historischer Bausubstanz rückte in den 80er Jahren zusätzlich in den Fokus der Bewertung. Hinzu kam eine erstmals differenzierte ökologische Freiraumbewertung. Baubiologische und energetische Anforderungen kamen in den 90er Jahren verstärkt hinzu. Ab 1991 wurde das Leitbild einer ganzheitlichen Dorfontwicklung vertreten. Ein weiteres Beispiel: Noch in den 60er Jahren stand die Beurteilung der Infrastruktur unter dem Blickwinkel der örtlichen Erstversorgung. Hierzu zählten sowohl Gemeinschaftseinrichtungen wie Dorfgemeinschafts-, Back- und Gefrierhäuser als auch die leitungsgebundene, technische Infrastruktur. Seit Anfang der 90er Jahre rücken zunehmend Fragen nach der Sicherung, Neuausrichtung und Schließung örtlicher Einrichtungen in den Fokus der Bewertung.

Neben der fachlichen Beurteilung der Projektumsetzung standen jedoch von Beginn an der Gedanke der Selbsthilfe und die gemeinschaftliche Aktion im Vordergrund. Diese bezogen sich zunächst auf grügestalterische bzw. pflegerische, bauliche und Vereins-

aktivitäten. Später kamen soziale und neue kulturelle Engagementbereiche dazu. Mit der programmatischen und organisatorischen Anbindung des hessischen Wettbewerbes an das hessische Dorferneuerungsprogramm Anfang der 90-er Jahre flossen verstärkt ökologische, energetische und wirtschaftliche Selbsthilfemaßnahmen in die Bewertungen ein. Dieses erfolgte auch vor dem Hintergrund, die örtliche Identität zu steigern. Dabei gewann die Einbindung der örtlichen „Leistungen“ in die kommunalen und regionalen Entwicklungsstrategien zunehmend an Bedeutung. Im Gegenzug wurden „angemessene, wenngleich nachrangige“ Erwartungen an die Kommunen im Hinblick auf erweiterte Beteiligungsangebote formuliert (Staatssekretär Praml anlässlich der Siegerehrung am 24.10.1992 in Weißenborn-Rambach).

Aktuelle Rahmenbedingungen und Herausforderungen

Gegenwärtig steht die Ausrichtung des Dorfwettbewerbes im Kontext einerseits der Folgen und Sekundärwirkungen des demografischen Wandels und andererseits der Bemühungen um eine nachhaltige und finanziell tragfähige Kommunalentwicklung. In Hessen ist die Mehrzahl aller kommunalen Haushalte nicht ausgeglichen. Diese Situation ist insbesondere für die Kommunen dramatisch, die prognostisch als sogenannte *schrumpfende Dörfer* (Typus 1) gelten. Diese Entwicklung trifft für die Mehrzahl der Ortsteile zu. Für sie stellen sich vergleichbare zentrale Herausforderungen. Vereinfacht formuliert lautet die Frage hierzu: Wie kann das Szenario einer Abwärtsspirale mit den nachfolgenden Merkmalen durchbrochen werden: Bevölkerungsstagnation bzw. zu erwartender Bewohnerrückgang, Altersanstieg, schwindende Kaufkraft, rückläufige Infrastrukturauslastung und Gebäudenutzung, abnehmende Investitionsbereitschaft und in Folge, Verlust der Ortskernzentralität und Bewohnerversorgung etc.? Weitere Rahmenbedingungen sind: steigender Mobilitätsbedarf, Rückgang der Wohnraumnachfrage und wohnortnahe (Aus-) Bildungs- und Qualifizierungsangebote in den peripheren Räumen, zurückgehender kommunaler Finanzspielraum und kommunale Standortkonkurrenzen. Neben diesem Typus einer Kommune sind *stabile* (Typus 2) und auch mittelfristig (bis 2030) *prosperierende* (Typus 3) Kommunen auszumachen. Letztere liegen insbesondere im angeschlossenen Einzugsbereich des Rhein-Main-Gebietes. Für sie treffen die oben beschriebenen Entwicklungen nur teilweise zu.

Alle drei Gemeindetypen zeichnen sich indessen durch einen Rückgang und Wandel dörflicher, traditioneller Kulturangebote und ihrer Organisationsstrukturen aus. Parallel dazu entstehen neue soziale, kulturelle und wirtschaftliche Selbsthilfeangebote in den Dörfern. Beobachtbar ist weiterhin die Schwierigkeit, ein

Ehrenamt, z. B. in den Vereinen oder im Ortsbeirat, zu besetzen. Auch die allgemein zu beobachtende Politikmüdigkeit und Parteienabstinenz geht an den ländlichen Räumen nicht vorbei.

Wettbewerbsausrichtung

Die Parameter der oben skizzierten Rahmenbedingungen gezielt zu beeinflussen und Kommunalpolitik aktiv aus den Ortsteilen heraus zu gestalten, das ist das Anliegen des hessischen Dorfwettbewerbes. Geht es bei den *prosperierenden Orten* in erster Linie um Qualitätssicherung und -verbesserung so stehen bei dem Typus des *stabilen Dorfes* zusätzlich Fragen des Dorfrückbaus im Fokus. Das heißt, die Mehrheit der hessischen Dörfer muss sich mit der Notwendigkeit des gezielten baulichen und infrastrukturellen Rückbaus auseinandersetzen.

Der hessische Dorfwettbewerb ist programmatisch eingebettet in die hessische Politik und Förderung der regionalen Entwicklung. In den entsprechenden Richtlinien heißt es dazu: „Der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ dient der Unterstützung der Ziele der ländlichen Entwicklung im Rahmen des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements in den hessischen Dörfern.“ Im Gegensatz zu den Förderprogrammen ist der Dorfwettbewerb nicht mit Zuschüssen oder Darlehen ausgestattet. Lediglich (geringe) Preisgelder für die ersten drei Platzierten stehen zur Verfügung.

Vor dem oben beschriebenen Hintergrund fordert der Wettbewerb die Bewohner auf, Antworten auf die ortsspezifischen Herausforderungen zu entwickeln. Beispielhafte Strategien und Projekte hierzu sind: Aufbau flexibler Formen der Daseinsvorsorge, Ausbau nachbarschaftlicher Angebote, Entwicklung bedarfsgerechter Wohnangebote und einer erweiterten oder neuen energetischen Versorgung, Verbesserung der floristischen und faunistischen Vielfalt im Dorf und der umgebenden Landschaft, Schaffung umweltpädagogischer Angebote etc. Dabei erhalten neuartige Kooperationen und Trägerschaften eine wachsende Bedeutung.

Bewertungsrahmen und -kriterien

Bewertet und gewürdigt werden, wie die Bewohnerinnen und Bewohner ihre spezifische Ausgangssituation aufgreifen und in der Gegenwart die Zukunft gestalten. Dabei fließen Engagement, Konzepte und Projekte der Ortsbewohner sowie der Kommune ein. Entsprechend sind die Bewertungskriterien in dem Ausschreibungstext (Richtlinien) so formuliert, dass die Vision eines zukunftsfähigen Ortes erkennbar wird. Jeder Ort soll eine (realistische) Chance für sich erkennen, die Ziele oder Ausschnitte von ihnen durch Eigeninitiative zu erreichen. Hierzu wurden fünf Handlungsfelder benannt. Als fünf Hauptkriterien mit 12 Unter- und 53 Teilkriterien gelten

sie als Ansatzpunkte örtlicher Veränderung. Indikatoren, Beispiele sowie Leitfragen für jedes Teilkriterium unterfüttern die Vision von Lebensqualität. Dabei wird jedoch nicht nur das konkrete (Zwischen-) Ergebnis bewertet. Der Blick richtet sich insbesondere auf die innerörtlichen Engagementsstrukturen und auch Beteiligungsprozesse. So fließen die Kommunikations-, Organisations- und Entscheidungsabläufe in die Beurteilung ein. Oder anders formuliert: Jede Projektvorstellung wird auch unter dem Aspekt betrachtet, wer sich beteiligt, wie die Zusammenarbeit verläuft, welche Kooperationen dahinterstehen, wie die Kommune eingebunden ist etc. Mehrere Arbeitshilfen, u. a. eine zur Selbstevaluierung dörflicher Aktivitäten, unterstützen den Prozess.

Die fünf Hauptkriterien:

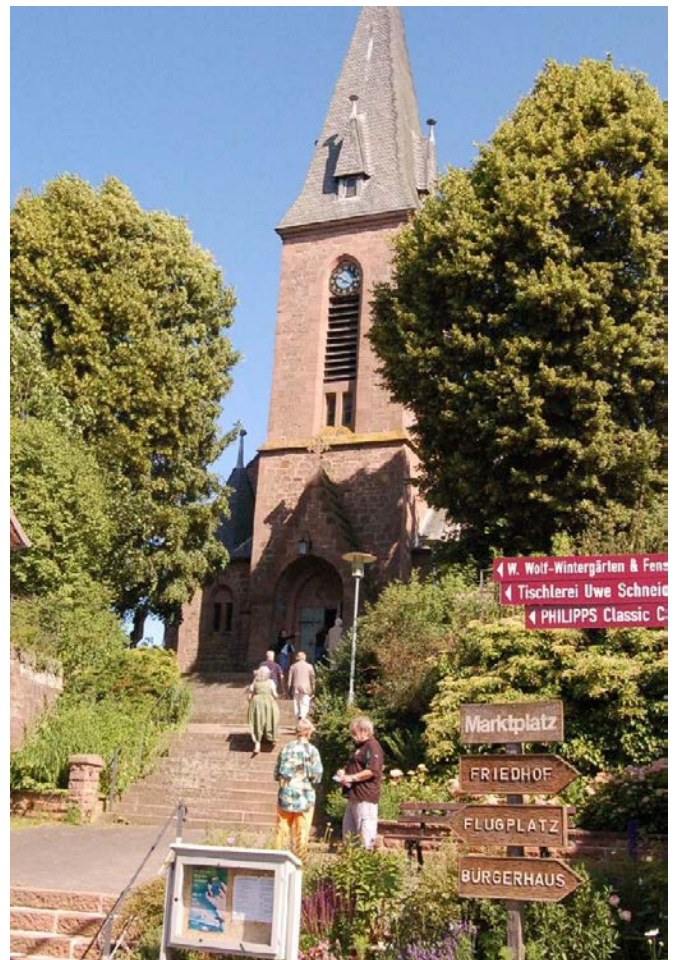
1. „Entwicklung des Ortes“
2. „Bürgerschaftliche Aktivitäten und Selbsthilfleistungen“
3. „Baugestaltung und -entwicklung“
4. „Grüngestaltung und -entwicklung“
5. „Dorf in der Landschaft“.

Sie umfassen 12 Unter- und 53 Teilkriterien und sind sowohl auf öffentliche als auch private Projektträgerschaften ausgerichtet. Indikatoren, Beispiele und Leitfragen konkretisieren die Wettbewerbsausrichtung und Bewertung.

Organisation und Ablauf des hessischen Dorf Wettbewerbes

Der hessische Wettbewerb wird seit 1999 zweistufig ausgelobt: Dem Regionalentscheid, mit jeweils flexiblen auch kreisübergreifenden Regionskulissen, schließt sich im Folgejahr der Landesentscheid an. Er geht im dritten Jahr in den Bundesentscheid über. Träger und Auslober ist das für die Dorfentwicklung verantwortliche Fachministerium, derzeit das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Die „Geschäftsstelle“ liegt beim Regierungspräsidium Kassel. Neben der Wahrnehmung von Grundsatzarbeiten koordiniert es den Regionalentscheid und leitet den Landesentscheid. Die Umsetzung der Regionalentscheide liegt in den Händen der Landkreise als sog. freiwillige Aufgabe. 2011 nehmen am Regionalentscheid 159 Orte aus 102 Kommunen in 7 Regionen teil. Bewertet wird in zwei Gruppen: Orte mit und ohne vorheriger Programmunterstützung wie aus dem Dorferneuerungsprogramm. Die Preisgelder liegen zwischen 1.000 € und 3.000 € im Regionalentscheid und 2.000 € und 5.000 € im Landesentscheid. (Im Bundeswettbewerb entfallen die Preisgelder. Jeder Ort enthält eine Gold-, Silber- oder Bronze-Auszeichnung.)

Ergebnisse und Wirkungen einer Teilnahme Beispiel Cölbe - Schönstadt



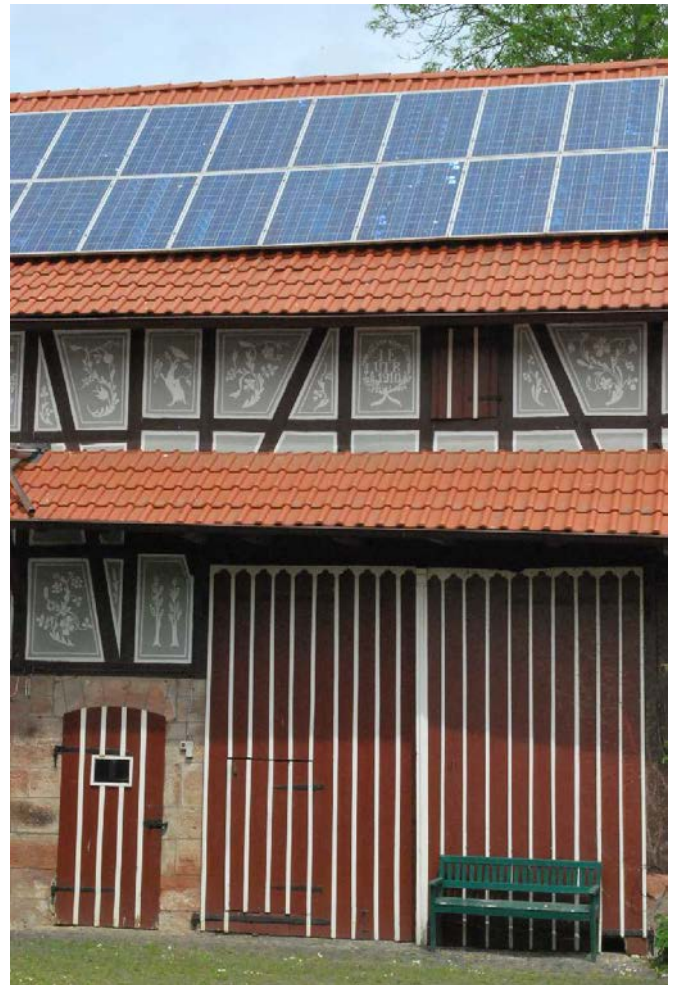
Cölbe - Schönstadt hat mit seinen 1.582 Einwohnern erstmalig am 33. Hessischen Dorfwettbewerb 2008 teilgenommen. Als Regionalsieger trat der Ort im Folgejahr im Landesentscheid an. Hier erlangte er den Gruppensieg. Im darauffolgenden Bundeswettbewerb erhielt Schönstadt „lediglich“ eine Bronze-Medaille. Das einwohnermäßig stabile Dorf liegt standortgünstig an der B 3 in der Nähe des Oberzentrums Marburg. Von 1985-1995 erhielt Schönstadt eine Förderung aus dem Dorferneuerungsprogramm. Zum Zeitpunkt der Wettbewerbsteilnahme prägten über 30 Vereine und Gruppen das kulturelle Leben und soziale Miteinander im Dorf. Der Teilnahme am Wettbewerb ging der erfolglose Versuch einer Genossenschaftsgründung zur Übernahme der örtlichen Trinkwasser-selbstversorgung voraus. Durch diese Erfahrung sensibilisiert, bot der Wettbewerb einen Anlass, sich neu im Ort aufzustellen und auszurichten. Die Initiative ging dabei vom Ortsbeirat aus. Im Zuge der Wettbewerbsvorbereitungen gründete sich eine weitere Initiative im Dorf. Diese trägt den Titel des Wettbewerbs, hat ca. 40 Mitglieder und trifft sich monatlich. Im Internet heißt es hierzu: „Erfolgreiche Zusammenarbeit im Dorf seit 2008: Die Initiative „Unser Dorf hat Zukunft“ hat mittlerweile eine relativ kleingliedrige Struktur, bleibt aber betont offen für alle, die sich für die verschiedenen Belange des

Dorfes interessieren und engagieren wollen. Wir verstehen uns auch als Bindeglied zwischen den verschiedenen Vereinen und Institutionen. Wir pflegen einen freundlichen Umgang miteinander und diskutieren auch schwierige Themen kontrovers und offen. Wichtige Entscheidungen werden demokratisch abgestimmt. Die Projekte laufen in Eigenregie, wichtige Neuerungen, Erfolge und Misserfolge werden im Rahmen der regelmäßigen Treffen berichtet....Wir haben vier Arbeitsgruppen mit sehr vielen Projekten...“.



Wie kam es zu den Arbeitsstrukturen? Die Initiative organisierte 2008 eine differenzierte Ortsanalyse und Selbstbewertung. Dabei wurden fünf Handlungsfelder (HF) als ortsrelevant definiert und diese wiederum mit Zielen und konkreten Ansätzen hinterlegt. Beispielhaft sei das HF „Zukunftsthemen aufgreifen“ benannt. Es wurde 2008 mit folgenden drei Punkten hinterlegt: 1. Ortsmitte zum lebendigen Ortsmittelpunkt ausbauen und wirtschaftliche Initiativen ergreifen; 2. Einsatz erneuerbarer Energien verstärken; 3. Informations- und Kommunikationstechniken verbessern. Im Zuge der Weiterbearbeitung entstanden die oben erwähnten vier Arbeitsgruppen: „Wirtschaftliche Entwicklung“; „Soziales, Kultur und Sport“, „Umwelt und Ökologie“; „Schönstadt feiert“. Aus ihnen entwickelte sich seitdem eine Vielzahl von Projekten unter Einbindung weiterer Bewohner. Dem Selbstverständnis entsprechend unterscheiden sich die Vorhaben nicht nur hinsichtlich ihrer Themen sondern auch hinsichtlich ihrer Komplexität und Umsetzungsdauer. So wurden beispielsweise nachfolgende Projekte 2008/2009 realisiert: eine (Neu-) Bürgerbroschüre „Leben in Schönstadt“, Bewirtungsaktionen für Wanderer, Anlage des (historischen) Prämienwanderweges, Baumpatenschaften, Pflanzaktionen, ein Gebäudenutzungskataster, Internetportal mit Bewohner-schulungen, Neuausrichtung der Dorfkirmes; ein

Energie(beratungs-)Tag, Broschüre mit „Empfehlungen zur Grüngestaltung und Nutzung alternativer Energien im Dorf“ sowie ein Energieatlas auch mit Kartierung solartauglicher Dachflächen, Durchführung einer Bewohnerbefragung zur Nahversorgungssituation in der Ortsmitte etc. Insbesondere die zuletzt genannten Aktionen leiteten eine Reihe von Folgemaßnahmen in den weiteren Jahren ein. Mit dem Ziel, „Bioenergie-dorf“ zu werden, konnte nach knapp dreijähriger Vorbereitung im ersten Anlauf am 07.04.2011 die Genossenschaft „Nahwärme Schönstadt eGiG“ unter



großer Beteiligung gegründet werden. Die hohe Resonanz ist das Ergebnis einer intensiven Vorbereitung verbunden mit einer engen Netzwerkarbeit zwischen der Kommune, den Bewohnern und ansässigen Unternehmen sowie der Suchthilfe Hof Fleckenbühl. Auch für das zweite große Projekt, die innerörtliche Nahversorgung, zeichnen sich Teilerfolge ab. So unterstützt zwischenzeitlich die Gemeinde das Vorhaben. Eine Machbarkeitsstudie und Wirtschaftlichkeitsberechnung wurde erstellt sowie ein Grundstück priorisiert. Die Suche nach einem Investor und Betreiber läuft zurzeit.

Unter zwei Leitgedanken präsentierten sich 2008 und 2009 die Schönstädter: „Schön, schöner, Schönstadt“ und „Zukunft gestalten -Miteinander leben!“. Im Bundesentscheid wurde daraus „Schönstadt, Heimat für Generationen“. Heute ist auf der Homepage des Ortes

ein differenziertes Leitbild mit sechs ausformulierten Zielen zu finden. Neben dem persönlichen Austausch ermöglicht das Internet die erforderliche Transparenz für die Bewohner. Es wird ehrenamtlich betreut. Unterstützt und beraten wurde Schönstadt während des Wettbewerbes von der Kreisverwaltung Marburg-Biedenkopf. Wo erforderlich, wurden Externe hinzu gezogen. Hohe Motivation, der Glaube an die Kraft der Überzeugung, diplomatisches Geschick, Professionalität im Vorgehen, Ausdauer und gewinnende Persönlichkeiten, allen voran die damalige Ortsvorsteherin (OV) Carola Carius, aber auch ein aufgeschlossener Gemeindevorstand, all dieses sind Erfolgsfaktoren für Schönstadt. Als wichtige Voraussetzungen werden jedoch auch Freude und Spaß am gemeinsamen Tun identifiziert, verbunden mit einer nicht nur innerörtlichen Anerkennung des Geleisteten. Dieses soll auch zukünftig gepflegt werden.

Wirkungen und Motive

Die kurze Beschreibung des Beispiels Schönstadt zeigt die Komplexität einer Bewertung der Erfolge und Wirkungen des Dorfwettbewerbes. Nicht nur diese sondern auch die Motivationen, sich zu beteiligen, sind ortsindividuell verschieden.

Nachfolgend sind einige Antworten auf die entsprechenden Fragen aufgenommen:

„Der Wettbewerb bot uns eine spielerische Hilfe, unsere Ziele zu finden...Der über den Wettbewerbstitel vermittelte Anspruch ist 100% aufgegangen!...Die Kommunikation nach innen und außen hat sich enorm verändert, die Bereitschaft der Bewohner, sich einzulassen, ist gewachsen. Heute werden Themenabende gut besucht und es kümmern sich Bewohner um Dinge, auch wenn dieses nicht gesehen wird, wie Pflegearbeiten am Wanderweg.... Ja, fast unglaublich ist die freudige Stimmung, die auf den Gesichtern liegt, wenn wir uns treffen im Dorf.“ (Carola Carius, ehemalige OV von Cölbe-Schönstadt)

„Wir sehen es ja im Dorf. Mit der Vereinsgründung „Kultur aktiv“ ist es uns gelungen in der Kulturscheune auch „echte Kulturveranstaltungen“, wie Kabarett, Comedy etc. in regelmäßigem Turnus anzubieten... Wir erreichen auch andere Bürger, die sich sonst nicht beteiligen. ...Jede Beteiligung ist ein Gewinn, auch wenn wir nicht auf der Siegerseite stehen! Wir wollen dranbleiben, es ist eine Selbstverpflichtung und Motivation, Neues zu entdecken und weiter zu entwickeln. Wir haben schon lange erkannt, dass die öffentliche Hand nicht alles leisten kann. Doch auch ohne die finanzielle Unterstützung der Kommune, ..., möchten wir etwas für Pfordt erreichen. Das Preisgeld ist dabei ein finanzieller Anreiz.“ (Anke Schlosser, Mitglied im AK „Unser Dorf“ in Schlitz-Pfordt.)

„Wir verfolgen die Themen aktiv aus der Dorferneuerung weiter. Dieses führte z. B. zur Vereinsgründung „HERIGAR e.V.“. Nun betreiben wir

die alte Grundschule als Begegnungsstätte selbst. Der Wettbewerb gibt uns Anregungen, so setzen wir uns z. B. intensiv mit der Landschaftsentwicklung um Hergershausen auseinander. Überhaupt, ökologische Themen sind für uns ein Schwerpunkt. Wichtig ist uns ein Feedback von außen zu bekommen, eine Rückmeldung, wo wir gerade stehen. Auch möchten wir den Bewohnern zeigen, was wir alles machen. Der Wettbewerb wird nicht von der Politik getragen, das machen wir selbst! Dass wir nicht weitermachen - auch beim Wettbewerb - stand gar nicht zur Debatte. Wir nehmen unsere Entwicklung ernst.“ (Maren Gatzemeier, mehrjährige Ansprechpartnerin für den Wettbewerb in Hergershausen-Babenhausen)

„Viele Projekte des Wettbewerbes, insbesondere zur Ortsbild- und Grünpflege sind zu Selbstläufern geworden. Auch ist er ein Nährboden zum Mitmachen beim Freiwilligentag, an dem wir mehrere Projekte anbieten. Sich immer wieder am Wettbewerb beteiligen ist eine Verpflichtung uns selbst gegenüber. Es stärkt das Gemeinschaftsgefühl und den Zusammenhalt.“ (Klaus Rudeloff, OV von Bad Sooden-Allendorf-Orferode)

„Preisträger zu sein, ist ein großer Imagegewinn. Darauf sind wir stolz! Unsere Initiative „Unser Dorf“ existiert seit 1999, wir sind jetzt das 11. Mal dabei. Über 100 Projekte und Veranstaltungen haben wir im Kontext des Wettbewerbes durchgeführt. Unser Dorf ist viel bekannter geworden, das sieht man auch an den Besuchern der Kulturscheune. Allein die Tatsache, dass so viele Menschen aus verschiedenen sozialen Gruppen so lange zusammen arbeiten, ist ein Erfolg und Gewinn für das Dorf. Aber, es kostet auch Überzeugungsarbeit: Wir können doch nichts Neues zeigen.“ (Edith Matthes, langjährige Vorsitzende der Initiative „Unser Dorf“)

Die Antworten auf eine telefonische Befragung machen deutlich, dass der Wettbewerb einerseits den Anstoß für örtliche Aktivitäten gibt. Andererseits bietet er über seine Kriterien auch eine Struktur, sich mit dem anspruchsvollen Thema der Ortentwicklung auseinander zu setzen. Er ermöglicht zum Dritten, Geschaffenes gegenüber den Mitbewohnern und der Gemeinde vorzustellen und öffentlich in Wert zu setzen. Alle Aspekte sind für die zum Teil jahrzehntelange Beteiligung am Wettbewerb bedeutungsvoll. Mit der Anmeldung verweisen bereits alle Wettbewerbsorte auf ihre Bereitschaft und Tradition, sich für ihren Lebensmittelpunkt zu engagieren. Die Erfahrungen aber zeigen, dass dieses Engagement im Wettbewerbsverlauf ausgebaut und nachhaltig gestärkt wird. Das Gemeinwesen wird zu einem Ort des gemeinsamen Lernens und Handelns - und - er hinterlässt in der Regel Spuren im politischen Klima und Miteinander. Dass dabei auch Traditionswege verlassen werden, Konflikte aufbrechen und neue Kommunikations- und Organisationsstrukturen entstehen, ist m. E. für die kommunale Entwicklung bereichernd.

Der Wettbewerb am Scheidepunkt

Ungeachtet der positiven Bilanz zeigt der Blick auf die Entwicklung der Teilnehmerzahlen einen kontinuierlichen Teilnehmerrückgang auf Bundesebene. So lag die Summe aller Dörfer in den Vorentscheiden für den Bundesentscheid 1998 noch bei 5.529 Orten. (2001: 5.191; 2004: 4.806; 2007: 3925; 2010: 3.330). Zu dieser Entwicklung trägt auch Hessen bei. Seit 1981 liegt die Beteiligung unter 300 Orten, wobei keine eindeutige Entwicklungslinie auszumachen ist. Eine Ausnahme bildet der 30. Wettbewerb (1999/2000) mit 305 Dörfern. (Zum Vergleich: 1968 und 1969, also vor der Gemeindegebietsreform, wurden über 500 Teilnehmergemeinden registriert.) Die aktuelle niedrige Teilnehmerzahl mit 159 gemeldeten und 149 verbliebenen Dörfern ist u. a. dem Zeitpunkt der zurückliegenden Kommunalwahl geschuldet. Diese lag drei Wochen nach dem Anmeldestichtag 01. März 2011. Zahlreiche Ortsbeiräte und Gemeinden hatten sich im Vorfeld möglicher Personalveränderungen nicht auf eine Teilnahme festgelegt.

Aber, es gibt weitere Gründe für den relativen Teilnehmerrückgang. Einige sind nachfolgend kurz beschrieben. Mit der Eingemeindung der ehemals selbstständigen Gemeinden wurden bisher eigenverantwortlich wahrgenommene Aufgaben in die Hände der Kommune gelegt. Zahlreiche, einst von den Bewohnern getragene Arbeiten werden seitdem von der Verwaltung, z. B. dem gemeindlichen Bauamt, erledigt. Das daraus entstandene und generierte Anspruchsdenken wird erst in den letzten Jahren wieder in Frage gestellt. Auch die zugenommene Außenorientierung in Freizeit, Ausbildung und Beruf erschwert die Möglichkeit und verringert die Bereitschaft, sich im Ort für das Gemeinwohl zu engagieren. Begleitet werden diese Entwicklungen von einem Verlust sozialer Nähe und dörflicher Identität.

Daneben gibt es aber weitere strukturelle Gründe, die Selbsthilfe und Engagement in den Dörfern erschweren. Sie liegen zunächst in den örtlichen und kommunalen Entwicklungen selbst. Der Wettbewerb erfährt dort seine Grenzen, wo die kommunale Zuständigkeit beginnt. Wie eingangs beschrieben, ist die Ortteilebene für Strategien zur Behebung von (Infra-)Strukturproblemen zu klein. Längst sind inner- und interkommunale sowie regionsspezifische Ansätze gefragt und vielerorts auch eingeleitet. Sie gehen in der Regel einher mit neuen Formen der Aufgabenverteilung und geänderten Verantwortlichkeiten. Vor diesem Hintergrund hat der Dorfwettbewerb seine Ziele und das Anspruchsniveau in den vergangenen Jahren erheblich heraufgesetzt, ohne indes die örtliche Ebene zu verlassen. Es erscheint paradox, die Bewertungsanforderungen zu erweitern und gleichzeitig zu wissen, dass die neu formulierten Ziele nur bedingt eigenverantwortlich im Ort erreicht werden können.

Den Spagat erreicht der Wettbewerb durch einen Blickwechsel, konkret über erweiterte Fragestellungen. Diese lauten: Was können wir als Dorfgemeinschaft für unsere Gemeinde tun? Wie tragen wir unsere Überlegungen zu wünschenswerten Veränderungen an die Gemeinde und Dritte weiter? Welche Aufgaben können wir dabei übernehmen? Wie werden gemeindliche Angebote im Ort angenommen? So werden Ortsbewohner, Vereine, Arbeitskreise auch ohne politisches Mandat zu Akteuren kommunalpolitischer Veränderung. Die Erfahrungen zeigen, dass die erweiterte Ausrichtung dann gesehen und angenommen wird, wenn eine intensive Wettbewerbsvorbereitung und -begleitung erfolgt. Letztere liegt in Hessen seit der Neuorganisation der staatlichen Verwaltung (Kommunalisierungsgesetz) vom 21.03.2005 als „Auftragsangelegenheit“ in der Verantwortung der Landräte. Dabei sind einige Kreisverwaltungen - in der Regel über das entsprechende Sachgebiet Dorf- und Regionalentwicklung - auch für zwei Landkreise zuständig. Die Übertragung der staatlichen Aufgaben auf den Landrat ermöglicht einerseits eine Nähe zu kreisspezifischen Themen und Problemfeldern und trägt dem demokratischen Grundsatz der kommunalen Eigenverantwortung Rechnung. Andererseits erschweren die fehlende traditionelle Verankerung in der Kommunalverwaltung und die unterschiedlichen, kreisspezifischen Organisationsstrukturen und Personalausstattungen eine landeseinheitliche Kommunikation und Aufgabenwahrnehmung. Im Ergebnis wird der Wettbewerb in den Kreisverwaltungen unterschiedlich gewichtet. Hinzu kommt, dass aufgrund der schwierigen Haushaltslage für gestalterische und beratende Tätigkeiten immer weniger Personal in den Landkreisverwaltungen zur Verfügung gestellt werden kann. Nur in Ausnahmen wird dieses Manko bisher durch eine gemeindliche bzw. städtische Betreuung z. B. aus den Bauämtern ausgeglichen. Der weitere Ausbau einer kommunalen engagementfördernden und auf Mitwirkung ausgerichteten Infrastruktur wäre entsprechend wünschenswert. Dabei böte sich eine organisatorische Zusammenführung mit dem ebenfalls interdisziplinären Handlungsfeld demografischer Wandel an.

Sind die oben skizzierten Einschränkungen und der einhergehende Teilnehmerrückgang mit einem künftigen Bedeutungsverlust des Dorfwettbewerbs gleich zu setzen? Ich meine nein! Hierfür sprechen m. E. zwei Gründe: Zum einen stützen alle Engagementuntersuchungen die These, dass in der Einbindung der Bürger bei Entscheidungen zur Ausgestaltung ihres Lebensmittelpunktes eine große Chance liegt, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bestreiten. Der Kieler OB Torsten Albig spricht in diesem Zusammenhang von einer „Gestaltungsbeteiligung“, die kommunale Politik ganzheitlich vermittelt (siehe <http://www.vhw.de/> vom 21.04.2011).

Gerade in den schrumpfenden Regionen stehen schwierige und unbequeme Veränderungen an. Sie erfordern eine erhöhte Planungs- und Entscheidungsakzeptanz. Dem kommen die Ergebnisse der Freiwilligensurveys auf Bundes- und Landesebene entgegen. So ist die Bereitschaft, sich zu engagieren, nach wie vor stark ausgeprägt. Allerdings sind Bürger motivierter, wenn die Aktivität thematisch und zeitlich begrenzt ist und zudem mit einer persönlichen Sinngebung verbunden ist. Sich aus der Tradition heraus zu verpflichten, dürfte immer mehr zur Ausnahme werden. Der auf der räumlichen und sozialen überschaubaren Ortsebene angesiedelte Wettbewerb bietet hierfür nahezu zum „Nulltarif“ eine ideale Plattform.

Zum anderen bietet die Neuausrichtung der hessischen Dorferneuerung ab 2012 (Übergang 2011) eine Chance, die Verknüpfung zur gesamt kommunalen Entwicklung auszubauen. Hintergrund: Bisher erfolgt die Dorferneuerungsförderung jeweils für einen Ortsteil einer Gemeinde mit einer Laufzeit von neun Jahren. Erst danach bestand die Möglichkeit der Anerkennung eines weiteren Ortsteiles in der Gemeinde. Zukünftig treten die Gemeinden in einen Auswahlwettbewerb um eine gesamtgemeindliche Anerkennung bei voraussichtlich gleicher Laufzeit. Dabei bewerben sich die Gemeinden mit einem (geförderten) gesamt kommunalen integrierten Entwicklungskonzept. Die ganzheitliche Ausrichtung des DE-Programms gewährleistet, dass alle Lebensbereiche aufgenommen werden und ortsteilspezifische Entwicklungsprofile entstehen. Der Dorf Wettbewerb könnte zum Anlass genommen werden, notwendige Diskussionen wie über die Aufrechterhaltung von Infrastruktureinrichtungen oder Ausweisung von Baugebieten unter Mitnahme der Bewohner zu führen. Wie kein anderes Instrument führt der Dorf Wettbewerb bürgerschaftliches Engagement und persönliche Verantwortungs bereitschaft mit allen kommunalpolitischen Handlungsfeldern zusammen. In Vorbereitung der Dorferneuerungsanerkennung sollten sich gleichzeitig und parallel alle Ortsteile an dem Dorf Wettbewerb beteiligen. Dieses könnte sich, analog des bisherigen Anreizes, zugleich positiv auf eine Anerkennung als Dorferneuerungsgemeinde durch das Fachministerium auswirken. Ungeachtet dessen findet eine enorme Bürgeraktivierung statt. Auch zukünftig ist damit zu rechnen, dass sich die Ergebnisse mittel- und unmittelbar örtlich niederschlagen. Sollte Hessen diesen Weg einschlagen, so wäre die zukünftige Ausrichtung des Dorf Wettbewerbes eher prozess- als umsetzungsorientiert. Diese Anpassung wäre nicht folgenlos für die weitere Ausrichtung des Bundeswettbewerbes. Um (auch) zukünftig eine Übereinstimmung in den Bewertungsgrundsätzen zu erreichen, müsste unter Beteiligung der Bundesländer eine ernsthafte (Zwischen-)Bilanz eingeleitet werden. Die Jubiläumsveranstaltung im Herbst 2011 anlässlich des

50. Jahrestages des Dorf Wettbewerbes könnte den Einstieg hierzu bilden. Soll der Wettbewerb ein strategischer Baustein einer Politik für die ländlichen Räume bleiben, dann führt m. E. kein Weg an seiner Neuverortung vorbei.

* Der Beitrag wurde in Kurzfassung veröffentlicht in: Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (vhw): Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 3. Mai - Juni 2011. Berlin, Seite 145 bis 150

Quellen und Informationen:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Familie und Jugend (Hg.) (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 - Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. München Oktober 2010 (<http://www.gemeinsam-aktiv.de/dynasite.cfm?dsamid=5283>)

Geiss, Sabine/ Englert, Christine/ Jakob, Gisela (2010) : Ehrenamt, freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement in Hessen. Ergebnisse der Freiwilligensurveys 1999 - 2004 - 2009. Hg.: Hessische Landesregierung. München, Darmstadt, September 2010

Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz (2007): Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums in Hessen 2007-2013, Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2010): Richtlinien zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Sonderdruck März 2010, Wiesbaden.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.) (2010): Anleitung zur Selbstbewertung dörflicher Aktivitäten. Eine Arbeitshilfe Erarbeitet aus der Praxis und für die Praxis. Kassel. Dezember 2010. 2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, (Broschüre mit CD).

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2010): Statistische Berichte. Bevölkerung in Hessen 2060. Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030 auf der Basis 31.12.2008. Kennziffer: A I 8 - Basis 31.12.2008. Wiesbaden, August 2010

Regierungspräsidium Kassel (2011): Hessischer Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Bewertung leicht(er) gemacht - Arbeitshilfe für die Kommission. Kassel. März 2011. 2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage.

Regierungspräsidium Kassel (2010): Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. 33. hessischer Landesentscheid zum Bundesentscheid 2010. Dokumentation 2009. Kassel, März 2010

Rüschendorf, R. (2006): Ansätze und Erfahrungen in Hessen vorgestellt am Beispiel der Hessischen Dorferneuerung und des Wettbewerbes „Unser Dorf“. Kommunale Entwicklung durch Bürgermitwirkung und bürgerschaftliches Engagement. In: Wolters Kluwer Deutschland GmbH (Hg.): Gemeindeförderung - Bürgerschaftliches Engagement. KommunalPraxis spezial. Zeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht. Sonderausgabe Nr.1/2006. Carl Link Verlag GmbH & Co.KG Kronach, 26-33.

Schüttler, K. (HMWVL) (2010): Dorferneuerung 2012? Überlegungen zur Weiterentwicklung des Dorferneuerungsprogramms. Vortrag (ppp) am 16.11.2010. In: Protokoll der PG Kompetenznetz Vitale Orte 2020 im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen. Wiesbaden

www.dorf-wettbewerb.bund.de
www.rp-kassel.de (Direktlink zum Dorf Wettbewerb)
www.schoenstadt.net
 Bildquelle: Regierungspräsidium Kassel

Kommunale Entscheidungshilfe bei der Baulandausweisung:

Ein Modell zur Abschätzung der fiskalischen Wirkungen

Dipl.-Bw. Daniel Mühleitner

Prof. Dr. Siegfried Bauer

Einleitung

Trotz relativ hoher Arbeitslosigkeit und einer stagnierenden bzw. in Zukunft abnehmenden Bevölkerung wächst der Flächenverbrauch in Deutschland kontinuierlich. Gründe hierfür sind u. a. die gestiegenen Ansprüche an die Pro-Kopf-Wohnfläche, die zunehmende Zahl von Single-Haushalten und die landschaftsintensive Wohnbebauung außerhalb der Stadtzentren, die von staatlicher Seite jahrzehntelang durch die Eigenheimzulage und die steuerlichen Vergünstigungen für Pendler gefördert wurde.

Gerade in weniger dicht besiedelten ländlichen Räumen kann die erwartete Bevölkerungsabnahme zu erheblichen Problemen hinsichtlich einer angemessenen Infrastrukturversorgung führen. Um Einwohner und Unternehmen in der eigenen Gemeinde zu halten bzw. zu einer möglichen Ansiedlung zu bewegen, kann es für eine Gemeinde sinnvoll erscheinen, Flächen günstig zur Verfügung zu stellen und so den Folgen der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken.²

Kurzfristig greifende Konzepte können hier jedoch auch mittel- bis langfristig gegenteilige Wirkungen hervorrufen. Denn die Neuinanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen zum Zwecke der Wohn- oder Gewerbeerweiterung führt oftmals zu starken Kostensteigerungen für die Kommune. Da in

¹ So fiel der Quotient aus Bevölkerung (in 1.000 Einwohner) und Siedlungs- und Verkehrsfläche (in km²) von 2,01 im Jahre 1993 um etwa 7 % auf 1,86 im Jahre 2002, die Flächeninanspruchnahme stieg also schneller (10,1 %) als die Bevölkerung (1,8 %). Vgl. *Statistisches Bundesamt*, Umwelt Umweltproduktivität, Bodennutzung, Wasser, Abfall, 2003, S. 20.

Vgl. *Gürtler, M.*, Demographischer Wandel Herausforderung für

² Vgl. *Gürtler, M.*, Demographischer Wandel Herausforderung für die Kommunen Auswirkungen auf Infrastruktur und Kommunalfinanzen, Taurus-Diskussionspapier Nr. 8, 2005

³ Wobei der Rentabilitätsbegriff, wie er hier verwendet wird, nicht in seinem in der Betriebswirtschaft üblichen Verständnis als

den zentralen Orten bereits Infrastruktur vorhanden ist, diese aber weniger stark ausgelastet ist, andererseits durch suburbane Ansiedlungstendenzen neue Infrastrukturbedarfe entstehen, fallen zusätzlich zu den Errichtungskosten die Infrastrukturfolgekosten sowie durch die Entwertung der Infrastruktur begründete Opportunitätskosten mehrfach an.

In den letzten Jahren wurde die Notwendigkeit gemeindeindividueller Rentabilitätsberechnungen von Neuausweisungen auf den kommunalen Haushalt in ihrer hohen Bedeutung erkannt, aus ökonomischen wie aus ökologisch-flächenhaushaltspolitischen Gründen. Im Folgenden wird anhand einer beispielhaften Baufläche in einer hessischen Gemeinde die Wirkungsanalyse der Ausweisung eines geplanten Neubaugebiets in Form einer betriebswirtschaftlichen Kapitalwertrechnung über 20 Jahre exemplarisch vorgeführt. Die Methodik und Vorgehensweise sind grundsätzlich auf andere Gemeinden übertragbar. Das operationale computerbasierte Modell erlaubt die Einbeziehung gemeindeindividueller natürlicher, ordnungspolitischer, demographischer oder planerischer Gegebenheiten.

Charakterisierung des exemplarischen Untersuchungsgebiets

Die untersuchte Fläche ist etwa 4,4 ha groß und liegt in einer kleinen hessischen Gemeinde mit guter Verkehrsanbindung und unmittelbarer Nähe zu einer größeren Stadt mit Oberzentrenfunktion. Als reines Bauland sind 3,2 ha (71,5 %) vorgesehen, Verkehrsflächen werden etwa 0,9 ha (20,6 %) in Anspruch nehmen, Kompensationsflächen innerhalb des Baugebiets sind mit etwa 0,2 ha (4,5 %) veranschlagt, Grünflächen mit etwa 0,044 ha (1 %) sowie ein Regenrückhaltebecken mit 0,1 ha (2,4 %). Insgesamt sind 56 Bauplätze geplant, wobei noch unklar ist, ob darauf Einfamilienhäuser oder Mietswohnungen entstehen werden. Vereinfachend wurde angenommen, die Bauplätze würden allesamt zeitgleich entwickelt. Die Gemeinde selbst kann in Zukunft entgegen dem deutschlandweiten Trend mit zunehmenden Bevölkerungszahlen rechnen. Vor allem soll gezeigt werden, inwieweit die Rentabilität³ der Entwicklung von Bauland aus Sicht der Gemeinde von Faktoren wie dem Ansiedlungszeitpunkt und der Auslastung des neuen Wohngebiets abhängt.

Szenarien und Handlungsalternativen

Die Kommune sieht sich bei einer Ausweisung mit einigen Unsicherheiten konfrontiert, etwa hinsichtlich Auslastung und Ansiedlungszeitpunkt der neuen Einwohner. Außerdem bieten sich der Gemeinde unterschiedliche Handlungsalternativen, beispielsweise bei

Quotient aus Erfolg und eingesetztem Kapital zu interpretieren ist. Die hier zu ermittelnde fiskalische Rentabilität beschreibt vielmehr, ob sich die für die Neuausweisung notwendigen Ausgaben durch die zusätzlichen (Steuer-)Einnahmen decken lassen oder nicht.

der Dichte der Bebauung. Die verschiedenen Entwicklungsvarianten wirken sich ganz entscheidend auf das fiskalische Ergebnis aus. Die untersuchten Szenarien und Handlungsalternativen sind nachfolgend kurz erläutert.



Baugebiet in Trendelb.-Stammen, Foto: Harald Schmidt

Szenarien zur Auslastung

Zur voraussichtlichen Auslastung des Neubaugebiets werden drei Szenarien betrachtet. Das erste Szenario geht von einer Komplettvermarktung vor Fertigstellung des Neubaugebiets aus. Im ersten Jahr werden sämtliche Wohnungen vermarktet. Die erzielbaren Einnahmen fließen in diesem Szenario also über die gesamte Laufzeit der Betrachtung von 20 Jahren. Szenario 2 geht von auftretenden Vermarktungsschwierigkeiten aus und nimmt eine Aufsiedlung erst nach einigen Jahren an. Im ersten Jahr soll die Vermarktungsquote bei 25 % liegen. Nach 2 Jahren bei 50 %, nach fünf Jahren bei 75 % und erst nach acht Jahren soll das Gebiet komplett vermarktet sein. Im dritten Szenario werden große Schwierigkeiten bei der Vermarktung der Flächen angenommen. Eine Vermarktung soll im ersten Betrachtungsjahr gänzlich misslingen, im zweiten Jahr 25 % betragen und erst im Jahr 8 auf 50 % ansteigen. Die dann erreichte hälftige Auslastung wird bis zum Ende der Betrachtung angenommen.

Szenarien zum Zuzug

Eine Kommune erzielt nur dann zusätzliche Steuereinnahmen aus einem Neubaugebiet, wenn die sich dort niederlassenden Einwohner aus einer anderen Gemeinde zuziehen. Wanderungsbewegungen innerhalb der Kommune müssen als bloße Umverteilungseffekte wahrgenommen werden und dürfen nicht als positive Effekte für die ausweisende Gemeinde zu Buche schlagen. Aus diesem Grund werden diesbezüglich im Folgenden zwei Szenarien angenommen. Das erste (in der Analyse mit der römischen Ziffer I gekennzeichnet) geht davon aus, dass von den neuen

Bewohnern alle von außerhalb der ausweisenden Gemeinde zuziehen, bzw. entsprechend Abwanderungen verhindert werden. Im zweiten Zuzugszenario (in der Analyse mit der römischen Ziffer II gekennzeichnet) wird davon ausgegangen, dass die Hälfte der neuen Bewohner innerhalb des Ortsgebiets umziehen und nur 50 % Zuzügler sind. Die alten Wohnungen der Umzügler werden in der Folge als leer stehend angenommen.

Handlungsalternativen

Die für die nachfolgend ausgeführten Handlungsalternativen zugrunde liegenden Dichtewerte wurden aus den Aussagen des Bauamtes der Gemeinde abgeleitet. Dabei wurden für die einzelnen Bauplätze einerseits Einfamilienhäuser, andererseits Wohnhäuser mit jeweils drei Wohnungen für die Berechnungen herangezogen. Für beide Handlungsalternativen wird ein Investorenmodell angenommen, d. h. ein Investor kauft die Fläche auf, entwickelt, parzelliert und vermarktet sie. In Handlungsalternative A entstehen auf den Bauplätzen 56 Einfamilienhäuser. Handlungsalternative B sieht eine Baublockstruktur für das Gebiet mit insgesamt 168 WE vor.

Fiskalische Wirkungsanalyse

Einnahmen

Grundsteuer

Die Entwicklung eines Baugebiets führt zu einer Neubewertung des Grundstücks. Als Wertgrundlage der Steuerschuld des zukünftigen Eigentümers und somit der Steuereinnahmen der Gemeinde dient der Einheitswert, der sich auf die Wertverhältnisse zum 1.1.1964 bezieht. Zur Errechnung des Einheitswerts wird die zu erwartende Jahresrohmiete einer Wohnung mit der Anzahl der Wohnungen sowie einem Vervielfältiger multipliziert. Dieser beträgt hier laut BewG für Einfamilienhäuser 13,0. Für Mietwohnungen entsprechend 9,8. Die Jahresrohmiete für das neu bebaute Grundstück ist auf den landes- bzw. stadtspezifischen Mietenspiegel vom 1.1.1964 zu beziehen. Dieser unterscheidet ebenfalls zwischen der Lage und der Ausstattung der Wohnungen. Für ein Neubaugebiet wird von einer Jahresrohmiete von 36,72 DM/m² (30,60 DM/m² für Mietwohnungen) ausgegangen. Dieser Wert ist durch den Eurokurs von 1,9583 zu teilen, womit die Jahresrohmiete bei 18,75 €/m² (15,63 €/m²) liegt. Die durchschnittliche Wohnfläche wird, abgeleitet aus Angaben des Bauamtes zu Geschossflächenzahl (0,6), Grundflächenzahl (0,3) und Zahl der Vollgeschosse mit 171 m² angenommen (Tabelle 1). Bei Einfamilienhäusern wird noch ein Abschlag von 10 % vorgenommen, was zu einer grundsteuerlich relevanten Wohnfläche von 154 m² führt. So ergibt sich ein Einheitswert je Wohnung von 41.681,25 €. Da ein Investor zunächst Eigentümer der Immobilien ist, kann angenommen werden, die

Grundsteuer B fließe immer, unabhängig von Auslastung und Zuzug. Die kumulierten abdiskontierten Einnahmen aus der Grundsteuer B betragen daher unabhängig von den einzelnen Szenarien jeweils 235.178,75 € für den Bau von EFH und 164.049,44 € bei MW. Von diesen Werten wäre dann die bisher für diese Fläche entrichtete Grundsteuer A abzuziehen, die für diese Fläche allerdings nicht genau zu ermitteln war, jedoch nach Angaben der Gemeinde ohnehin quantitativ vernachlässigbar ist.

Einkommenssteuer

Den Gemeinden stehen derzeit 15 % des jeweiligen Landesaufkommens aus der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer sowie 12 % des Aufkommens aus dem Zinsabschlag zu, wobei sich die Zerlegung auf die Gemeinden eines Bundeslandes nach der Einkommensteuer der Gemeindeeinwohner richtet.⁴

Es werden hierfür nur Steuereinnahmen bis zu einem Höchstbetrag des zu versteuernden Einkommens berücksichtigt.⁵

Zu beachten ist an dieser Stelle, dass Besonderheiten mit erheblichem zeitlichem Verzögern mehrerer Jahre zu eventuellen Veränderungen im Aufkommen des Einkommensteueranteils führen.⁶ Im Rahmen dieser Untersuchung wird eine Verzögerung von fünf Jahren angenommen. Weiter wird unterstellt, dass alle Haushalte ihre Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit beziehen und sozialversicherungspflichtig sind. Außerdem wird davon ausgegangen, dass die durch die Neuausweisung zusätzlich generierten Einkommen die Sockelgrenzen nicht überschreiten. Dadurch wird vereinfachend angenommen, die Einkommen würden komplett in die Ermittlung der Schlüsselzahl einfließen und somit auch in dieser Höhe der Gemeinde zukommen. Die Ermittlung der Veränderung der Schlüsselzahl bzw. deren neuer Höhe ist daher nicht notwendig.⁷

Es würden bei angenommener Vollausslastung im Wohnungsbau 404 zusätzliche Einwohner generiert bzw. Wegzüge von Einwohnern verhindert. Davon werden 168 Beschäftigte angenommen, deren Einkommen innerhalb der Sockelgrenzen liegen. So ergeben sich für die Betrachtung der Einkommensteuer bei progressivem Einkommensteuersatz gemäß § 32a EStG und einem Gemeindeanteil von 15 % Einnahmen in Höhe von 5.807,97 € pro Beschäftigtem. Für die einzelnen Szenarien gibt Tabelle 1 die entsprechenden Werte wieder.

⁴ Die Höhe des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer regelt § 1 GemFinRefG. Die Aufteilung des Gemeindeanteils § 2 GemFinRefG.

⁵ Dieser Höchstbetrag liegt derzeit bei 30.000 € bzw. 60.000 € bei Ehegatten.

⁶ Vgl. Schwarting (1999), S. 126.

⁷ Selbst Einkommen oberhalb der Sockelgrenze könnten so

Tabelle 1: Einnahmen aus dem Anteil an der Einkommensteuer

Szenario		Investor EHFH [in €]		Investor MW [in €]	
		1.I	1.II	1.348.432,17	674.216,09
Szenario 1	1.I	449.477,39			
	1.II	224.738,70			
Szenario 2	2.I	344.183,59		1.032.550,77	
	2.II	172.091,80		516.275,39	
Szenario 3	3.I	180.436,01		541.308,02	
	3.II	90.218,00		270.654,01	

Ausgleich der Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs

Das Land stellt den Gemeinden von den Umsatzsteuermehreinnahmen des Landes nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern nach Berücksichtigung der Auswirkungen des Finanzausgleichs unter den Ländern 26 vom Hundert zur Verfügung. Die Zuweisungen werden nach den Schlüsselzahlen auf die Gemeinden aufgeteilt. 2007 erhielten die hessischen Gemeinden und Gemeindeverbände knapp 2,45 Mrd. Euro Anteil an der Einkommensteuer und etwa 185 Mio. Euro zum Ausgleich der Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs.⁸

Das entspricht etwa 0,08 € pro Euro aus dem Anteil an der Einkommensteuer. Diese Größenordnung acht Prozent der zu erwartenden Einkommensteuer wird in der Kalkulation angesetzt.

Tabelle 2: Einnahmen aus dem Ausgleich der Belastungen des Familienleistungsausgleichs

Szenario		Investor EHFH [in €]		Investor MW [in €]	
		1.I	1.II	107.874,57	53.937,29
Szenario 1	1.I	35.958,19			
	1.II	17.979,10			
Szenario 2	2.I	30.897,98		92.693,93	
	2.II	15.448,99		46.346,97	
Szenario 3	3.I	14.434,88		43.304,64	
	3.II	7.217,44		21.652,32	

Multiplikatoreffekte

Die Ansiedelung neuer Einwohner führt für die Gemeinde zu gesteigerten Einkommen und unter Berücksichtigung der Konsumquote und der Abflussquote der Kaufkraft zu einer zusätzlichen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, wodurch die örtliche Wirtschaft in der Folge wiederum gestärkt wird. In diesem Zusammenhang spricht man von indirekten Effekten der Neuausweisung. Das DIFU legt hier einen Einkommensmultiplikator von 1,5 zugrunde, der auch hier Anwendung finden soll. Relevant sind in diesem Zusammenhang auch die Konsumquote, also der Teil des Einkommens, der für Waren und Dienstleistungen ausgegeben wird, sowie der Sockelreffekt, also derjenige Anteil der Käufe, der nicht in der Kommune getätigt wird. Dieser wird, aufgrund der Größe der Gemeinde und deren Versorgungsgrad mit Geschäften mit 50 % angenommen.

behandelt werden als würden sie diese nicht überschreiten, da die Beträge jenseits der 30.000 € bzw. 60.000 € an die Gesamtheit aller hessischen Gemeinden fließen und der ausweisenden Gemeinde somit lediglich ein geringfügiger absoluter Rest verbleiben würde, der mangels quantitativer Bedeutung außer Acht gelassen werden kann.

⁸ Hessisches Statistisches Landesamt (2008)

Die Konsumquote wird nachfolgend mit 70 % angenommen. Insgesamt hat man es bei den Multiplikatoreffekten mit eher wenig bedeutsamen Elementen zu tun, so dass mögliche Ungenauigkeiten bei der Festlegung der Quoten akzeptabel erscheinen. Die Höhe der abdiskontierten indirekten Effekte über 20 Jahre sind der nächsten Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 3: Einnahmen aus indirekten Effekten

		Investor EFH [in €]	Investor MW [in €]
Szenario 1	1.I	54.648,66	163.945,99
	1.II	27.324,33	81.973,00
Szenario 2	2.I	45.975,32	137.925,96
	2.II	22.987,66	68.962,98
Szenario 3	3.I	21.671,71	65.015,12
	3.II	10.835,86	32.507,56

Ausgaben

Neben dem einmaligen Herstellungsaufwand ist die Entwicklung von Baugebieten für die Gemeinde mit einer Reihe fortlaufender Kosten verbunden, insbesondere die Kosten der Unterhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen, also Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung, Straßenunterhalt und die Entwässerung der öffentlichen Flächen. Betriebskosten im Zusammenhang mit Freiflächen, ökologischen Ausgleichsmaßnahmen oder der zusätzlichen sozialen Infrastruktur fallen nicht an. Kosten, wie etwa für Erschließung, ökologische Ausgleichsmaßnahmen oder Planungskosten, die dem Investor entstehen und für die Ergebnisrechnung der Gemeinde daher irrelevant sind, werden im Folgenden ebenfalls nicht näher betrachtet. Aufgrund vorhandener Kapazitäten entsteht kein zusätzlicher Bedarf an sozialer Infrastruktur. Die Betriebskosten fallen unabhängig Zeitpunkt oder der Frage nach der Herkunft der Bewohner im Neubaugebiet an. Es werden also für jedes Szenario dieselben Beträge angesetzt. Nach Angaben der Kämmerei ergeben sich basierend auf Durchschnittskosten für das untersuchte Gebiet für die Straßenreinigung Kosten in Höhe von 662 € / Jahr, für die Straßenbeleuchtung in Höhe von 2.737 € / Jahr. Für den Unterhalt der öffentlichen Straßen fallen jährliche Kosten für Belagsarbeiten sowie Erneuerungen von unselbständigem Straßenzubehör (Verkehrszeichen, Poller usw.) in Höhe von 1.387 € / Jahr an. Die Kosten für Straßenentwässerung und Reinigung und Leerung der Straßenabläufe belaufen sich für das Neubaugebiet auf ca. 4.037 € / Jahr. Für die laufenden Kosten der Infrastruktur für die Versorgung mit Wasser, Gas, Strom sowie der Entsorgung von Abwasser wird angenommen, dass die Ausgaben über Gebühren gedeckt sind.

Tabelle 4: Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen

		Investor EFH [in €]	Investor MW [in €]
Szenario 1	1.I	469.108,70	1.116.455,75
	1.II	234.554,35	558.227,88
Szenario 2	2.I	385.906,24	948.616,94
	2.II	192.953,12	474.608,47
Szenario 3	3.I	127.494,47	373.845,12
	3.II	63.747,24	186.922,56

Ergebnisse

Im Folgenden werden für die einzelnen Szenarien die Ergebnisse in Form eines Kapitalwerts sowie einer Liquiditätsvorschau dargestellt. Der Kapitalwert der Baumaßnahme ist die Summe der Barwerte aller durch diese Investition verursachten Ein- und Auszahlungen. Als Kapitalisierungszinssatz wird der durchschnittlich entrichtete Fremdkapitalzins für aufgenommene Darlehen in Höhe von 4,7% zugrunde gelegt, da mit Blick auf die kommunale Finanzlage eine Darlehenstilgung für die Gemeinde als die sinnvollste Alternative zur Baugebietsentwicklung angenommen wird.

Die beiden Szenarien werden nachfolgend in jeweils zwei Diagrammen dargestellt. Das erste Diagramm gibt einen Überblick über die Liquiditätsentwicklung während des Betrachtungszeitraums (wann fließen die Ein- und Auszahlungen?), das zweite Diagramm zeigt die kumulierte Entwicklung. Aus dieser Darstellung sind der Kapitalwert und der Amortisierungszeitpunkt ersichtlich, d.h. der Zeitpunkt, an dem die Gemeinde das von ihr eingesetzte Kapital zurückerhält. In den Graphiken sind Szenario 1 (schwarze Linie), Szenario 2 (violette Linie) und Szenario 3 (blaue Linie) dargestellt. Für den Kapitalwert gilt dabei, dass eine Investition dann vorteilhaft ist, wenn ihr Kapitalwert nicht negativ ist. Die Ergebnisse sind auf den Euro präzise angegeben und täuschen damit eine Scheingenauigkeit vor, die so nicht erreicht werden kann. Denn schon kleine Veränderungen der Modellparameter (etwa dem Zinssatz), der ergebnis-sensitiven Eingabedaten (z. B. Notwendigkeit sozialer oder technischer Infrastruktur) oder der Annahmen zur Szenarienerstellung (z. B. Höhe des Anteils des Zuzugs von Außerhalb) führen zu Abweichungen der Ergebnisse. Bei der Interpretation der Resultate sollten daher eher die Relationen der unterschiedlichen Wirkungen zueinander sowie die Differenzen der Ergebnisse der einzelnen Szenarioanalysen im Vordergrund stehen.

Handlungsalternative 1 Investor baut EFH

Das erste Szenario unterstellt volle Auslastung ab dem ersten Jahr nach der Baugebietsentwicklung. Insgesamt errechnet sich für die Gemeinde für die „Investition“ Stadtentwicklung abdiskontiert auf 20 Jahre ein Kapitalwert von 555.967,65 € (Zuzugszenario 2: 365.966,11 €), d. h. die Summe der Barwerte aller durch diese Baumaßnahme verursachten und durch die Kommune zu leistenden Ein- und Auszahlungen ist

positiv und die Investition aus Sicht der Gemeinde vorteilhaft. Den nachfolgenden Abbildungen ist die Entwicklung der Liquidität innerhalb des Untersuchungszeitraums (Abbildung 1) sowie die kumulierte Entwicklung (Abbildung 2) zu entnehmen.

Ab dem dritten Jahr fließen der Gemeinde die Schlüsselzuweisungen zu, ab dem fünften die Anteile aus der Einkommensteuer. Daher der deutliche Anstieg. Die auffällige Abnahme des positiven Saldos im Jahr 7 ergibt sich einerseits durch eine Zunahme der Ausgaben insbesondere in Form der Kreis- und Schulumlage, andererseits durch eine Reduktion der Einnahmen, hauptsächlich der Zuweisungen. Zum Zwecke der Bestimmung der Höhe der Zuweisungen wird die Steuerkraft aus dem vorvergangenen Jahr als Kalkulationsgrundlage herangezogen, in dem die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer auf der Einnahmenseite hinzukamen. Im neunten Jahr wird die Entwicklung noch einmal positiver, da sich die Kreis- und Schulumlage zu diesem Zeitpunkt noch einmal reduzieren. In den Folgejahren nimmt die Liquiditätsentwicklung einen gleichmäßigen, lediglich durch die Abdiskontierung leicht fallenden Verlauf. Die Grundstruktur dieser Entwicklung ist in allen Szenarien zu finden.

Für Szenario 2 ergibt sich ein Kapitalwert von 456.360,68 € (336.774,02 €), für Szenario 3 von 219.583,02 € (153.492,41 €).

Abbildung 1: Kommunale Liquiditätseffekte (Investorenlösung, Einfamilienhäuser)

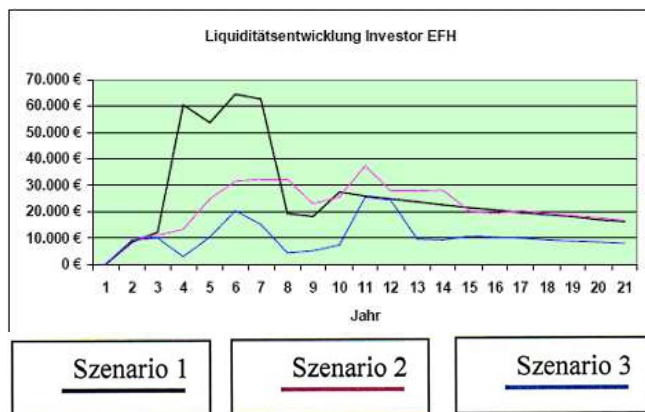
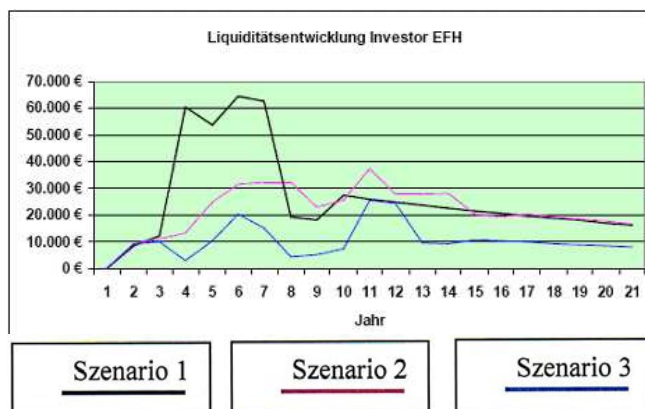


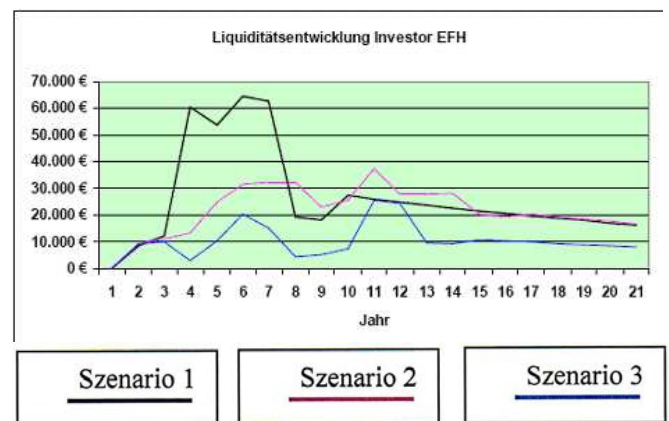
Abbildung 2: Kumulierte Effekte der Kommune (Investorenlösung, Einfamilienhäuser)



Handlungsalternative 2 Investor baut MW

Die Entwicklung der Liquidität ist im Verlauf ähnlich der ersten Handlungsalternative, lediglich das Niveau ist ein höheres. (Abbildung 3, Abbildung 4). Für Szenario 1 errechnet sich ein Kapitalwert von 1.407.343,84 € (Zuzugszenario 2: 790.326,02 €) nach 20 Jahren. Für Szenario 2 nimmt dieser Wert auf 1.143.538,63 € (726.720,26 €) ab, in Szenario 3 verbleiben lediglich noch 530.729,73 € (304.077,58 €) aufgrund der geringeren Auslastung.

Abbildung 3: Kommunale Liquiditätseffekte (Investorenlösung, Mietwohnungen)



Schlussfolgerungen

Die Analyse der kommunalfiskalischen Folgen der Entwicklung eines Neubaugebiets soll auf ökonomischer Ebene zu zusätzlicher Transparenz im Stadtentwicklungsprozess beitragen. Die vorliegende Untersuchung beschäftigte sich ausschließlich mit den fiskalischen Wirkungen einer Wohnbebauung. Ob eventuell aus ökologischer, sozialer oder planerischer Sicht eine andere Lösung wünschenswert wäre, bleibt in diesem Rahmen außerhalb der Betrachtung. Auch unter ökonomischen Gesichtspunkten kann die fiskalische Wirkungsanalyse nur einen Teil der möglichen Gesamtanalyse darstellen. Möglicherweise würde ein negatives fiskalisches Ergebnis in Folge einer Ausweisung durch die Vorteile, die durch die Ausweisung im Wettbewerb mit anderen Kommunen entstehen, überkompensiert werden.

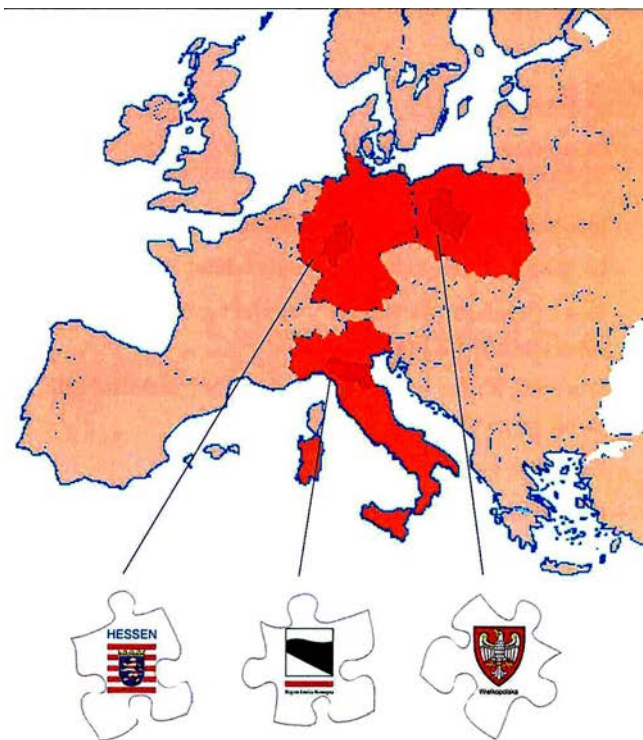
Die fiskalische Wirkungsanalyse stellt grundsätzlich ein nützliches Planungsinstrument für kommunale Entscheidungsträger dar. Doch basieren die erzielten Ergebnisse stark auf den zuvor getroffenen Annahmen etwa hinsichtlich der Kostenallokation, dem Betrachtungszeitraum oder der angenommenen Szenarien und damit einhergehend den vorausgesetzten Ansiedlungszeitpunkten der neuen Einwohner. Aus diesem Grund sind die Resultate auch nicht als auf den Euro präzise anzunehmen. Vielmehr sollen die einzelnen Positionen und Wirkungen zueinander sowie die Differenzen der

einzelnen Szenarioergebnisse die bestehenden Risiken und Chancen für die kommunalen Haushalte aufzeigen.

Grundsätzlich ist anzunehmen, dass eine Entwicklung im gemeindlichen Innenbereich, etwa durch Brachflächenrevitalisierung oder die Schließung von Baulücken aus gemeindlicher Sicht tendenziell günstiger abgewickelt werden kann als die Entwicklung auf der „grünen Wiese“. Einmal sind die Investitionskosten geringer und zum andern können auch langfristige Aufwendungen etwa für Betrieb und Unterhalt eingespart werden, wenn technische und soziale Infrastruktur schon bereit steht. Doch ist für jede Kommune für jedes Baugebiet eine diesbezügliche Prüfung notwendig, da die ergebnissensitiven Faktoren von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Aufgrund der in Zukunft deutschlandweit abnehmenden Bevölkerung und der veränderten Bevölkerungsstruktur sowie dem damit einhergehenden Nachfragerückgang für Wohnflächen mit entsprechender Infrastruktur, wie Kindergärten oder Schulen, ist es für Kommunen fiskalisch oftmals nicht mehr lohnend, Neubaugebiete auszuweisen. Die Einnahmen steigen zwar bisweilen an, doch werden diese von den notwendigen Investitionen und den Betriebskosten vielfach übertroffen, wie bereits aus verschiedenen Studien zu dieser Thematik ersichtlich ist. Der große Einfluss der Ansiedlungszeitpunkte und der Auslastung zeigt sich bei Betrachtung der einzelnen Szenarienergebnisse.

Das diesen Analysen zugrundeliegende Kalkulationsmodell (Excel-Basis) zur Abschätzung der fiskalischen Folgewirkungen von Baulandausweisungen kann auch auf andere Kommunen übertragen werden. Neben der Rentabilitätsprüfung für einzelne Baugebiete bzw. der Möglichkeit von Standortvergleichen, wäre die vergleichende Analyse gemeindeindividueller und interkommunaler Wohngebietsentwicklungen ein weiterer interessanter Anwendungsbereich für die zugrunde liegende Methodik. So könnten flächensparende Maßnahmen auch auf ihre ökonomische Effizienz hin untersucht werden und so gegebenenfalls Argumentationshilfen für eine ökologisch orientierte Raumentwicklung jenseits des berühmten „Kirchturmdenkens“ geschaffen werden. Denkbar wäre eine konsolidierte Betrachtung der kommunalen Auswirkungen im Gegensatz zur eigenständigen Entwicklung durch die Gemeinden.

In Ausgabe 43 der HAL Mitteilungen wird der Beitrag "Projektstudium der Universität Giessen – eine Win-Win-Situation für Studierende und Kommune" von Janine Dunkel veröffentlicht.



JUGENDPREIS 2012

Thema: **KULTUR ALLTÄGLICH**

Wettbewerb in drei Regionen Europas

- Wettbewerb für Jugendliche von 12 bis 23 Jahren, die in
- Hessen und im thüringischen Landkreis Schmalkalden-Meiningen,
 - in der Emilia-Romagna (Italien) und
 - in Wielkopolska (Polen)
- ihren ersten Wohnsitz haben.

Schirmherr ist der Hessische Ministerpräsident mit seinen Kollegen in den Partnerregionen.



Wettbewerb 2012

In diesem Jahr will sich der europäische Wettbewerb der Hessischen Jugendpreisstiftung den Fragen widmen:

- Was bedeutet Kultur für junge Menschen?
 - Ist Kultur nur ein Zeitvertreib oder leistet Kultur mehr?
 - Was ist typisch „Dorfkultur“, was ist typisch „Stadtkultur“ für Jugendliche?
 - Wie muss Kultur im Dorf und in der Stadt gestaltet sein, damit junge Leute mitmachen?
 - Wer muss was tun?
 - Ist Kultur ein Magnet, der mich an einen Ort zieht?
- Und vieles mehr**

Auszug aus einem Interview mit Peter Reuting, Träger des Hessischen Denkmalschutzpreises 2011

Harald Schmidt

Welche Erfahrung haben Sie bei der Erhaltung eines denkmalgeschützten Hauses gemacht?

Ich habe mein 300 Jahre altes Fachwerkhaus seit nunmehr 7 Jahren weitestgehend in Eigenleistung grundsaniert. Für Menschen mit handwerklichen Fähigkeiten, entsprechender Werkzeugausstattung und geringem Budget halte ich dies für den besten Weg zur eigenen Immobilie, zumal, wenn die Alternative ein mit Bankdarlehen finanziertes Fertighaus wäre.

Die durch die Eigenleistung geringeren Baukosten reduzieren sich noch durch eventuelle Zuschüsse der Denkmalschutzbehörden und steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten.

Bei einer in Eigenregie durchgeführten Sanierung hat man weitgehende und sehr individuelle Gestaltungsmöglichkeiten.

Durch die Verwendung natürlicher Baumaterialien, wie Lehm beim Verputzen der Wände, alter Ziegelsteine oder Holz stellte ich eine bessere gesundheitliche Verfassung bei mir fest. So bekam ich keine Erkältungskrankheiten mehr, wie dies vorher immer der Fall war.

Wo besteht Handlungsbedarf im Denkmalschutz nach Ihrer Erfahrung?

Sanierungsmaßnahmen an privaten Fachwerkhäusern werden von den Eigentümern aus Kostengründen sehr oft in Eigenleistung ausgeführt.

Als Beauftragter des Landkreises Kassel für Fachwerkberatung sehe ich häufig Fälle, wo dabei – beeinflusst durch Fehlinformationen z. B. seitens der Industrie, von Baumarktverkäufern oder anderen Hausbesitzern – falsche Baumaterialien eingesetzt werden, die schnell zu Schäden an der Bausubstanz, vornehmlich am Balkenwerk, führen können. In der für den Eigentümer kostenlosen Beratung sehe ich ein wirkungsvolles Mittel, um zu erreichen, dass die ohnehin weniger werdenden Sanierungsmaßnahmen wirklich zum Erhalt der Gebäude dienen, auch, um den Eigentümer davor zu schützen, Geld dafür auszugeben, sein Haus zu zerstören.

Besteht in der Bevölkerung eine Akzeptanz für denkmalgeschützte Gebäude?

Im Landkreis Kassel sind momentan monatlich bis zu drei Abrissanträge für hochrangige Baudenkmäler zu bearbeiten. Durch den demographischen Wandel besteht kaum noch Nachfrage im privaten Bereich.



Preisverleihung des Hess. Denkmalschutzpreises in Limburg 2011. Von Links: Prof. Dr. G. Weiß, Präsident des Hess. Denkmalamtes, K. H. Gerland Vors. Denkmalbeirat Hofgeismar, P. Reuting, U. Köster, Sachbearb. Untere Denkmalbehörde, Hofg., Hess. Ministerin Wissenschaft und Kunst E. Kühne-Hörmann. Foto Chr. Krienke

Andererseits zeigt aber das touristische Interesse an historischen Innenstädten wie z. B. Hannoversch Münden eine hohe Wertschätzung und entsprechendes öffentliches Interesse. Die Innenstädte mit Betonarchitektur interessieren dagegen niemanden am Wochenende.

Wie sehen Sie die Situation der Städte mit historischer Substanz?

Die historische Stadt muss als Ganzes betrachtet werden. Daraufhin können sinnvolle konzeptuell durchdachte Verbesserungen vorgenommen werden, z. B. Freiräume für die Bewohner zu schaffen. Dies muss aber planmäßig geschehen. Bisher sind in unserem problematischen nördlichen Landkreis Kassel nur punktuelle Eingriffe, d. h. auf einzelne Häuser bezogene, vorgenommen worden, wobei zumeist Zufälle die entscheidende Rolle spielten.



Peter Reuting vor seinem sanierten Fachwerkhaus in Hofgeismar-Schöneberg, das mit dem Denkmalschutzpreis 2011 ausgezeichnet wurde. Foto Harald Schmidt

IMPRESSUM**REDAKTIONSAUSSCHUSS****Leitung**

Harald Schmidt, Trendelburg
Recherche, Layout, Titelgestaltung

Mitglieder

Prof. i. R. Dr.- Ing. Heinrich Klose, Kassel,
Stellvertretende Leitung
Siegfried Lotze, Reinhardshagen
Peter Reuting, Hofgeismar-Schöneberg
Roswitha Rüschenndorf, Kassel
Engelbert Thielemann, Eschwege
Winfried Wroz, Kaufungen
Norbert Zimmermann, Bad Emstal-Riede

HERAUSGEBER - VERTRIEB

Akademievorstand der Hessischen Akademie
Ländlicher Raum e. V. (HAL)
Vorsitzender: Prof. Dr. Siegfried Bauer, Universität
Gießen, Senckenbergstr. 3, 35390 Gießen, Tel. 0641
99 37310, siegfried.bauer@uni-giessen.de
www.uni-giessen.de/Regionalplan

Geschäftsstelle HAL und Jugendpreisstiftung der
Hessischen Akademie Ländlicher Raum, Andrea
Emmel Poststr. 40, 34385 Bad Karlshafen
Tel.: 05672-9224535, Fax: 05672-9224536
E-Mail: hessischeakademie@t-online.de
jugendpreisstiftung@t-online.de

Internet: <http://www.hessische-akademie.de>

DRUCK

Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und
Geoinformation, Schaperstraße 16
D-65195 Wiesbaden

Die HAL Mitteilungen erscheinen halbjährlich (im
März und Oktober) in einer Auflage von 500 Stück.
Der Bezug ist für die Mitglieder frei.
Ein Register der Ausgaben 1 - 25 kostet 4 €
Zum Preis der Versandkosten von 4 € erhalten
Interessierte ein Exemplar der HAL Mitteilungen.

Redaktionsschluss für Ausgabe März ist der 01.01.
für die Ausgabe Oktober der 01.07.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung
und Information des Autors, nicht unbedingt der
Redaktion und des Herausgebers wieder.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmung und die Einspeicherung sowie
Verarbeitung in elektronischen Systemen nur mit
Genehmigung des Herausgebers.

Fotos Titelseite: 1. Ingrid Vossen, 2. Prof. Manfred
Gerner, 3. Harald Schmidt und 4. RP Kassel

AUTOREN

Prof. Dr. Siegfried Bauer, Leitung HAL
Projekt- und Regionalplanung
Justus-Liebig-Universität Gießen, Senckenbergstr. 3
Daniel Mühlleitner, Dipl.-Bw., KM HAL
Tel: 0641 99 37310, Fax: 0641 99 37319
E-MAIL: Siegfried.Bauer@uni-giessen.de
<http://www.uni-giessen.de/Regionalplan>

Dr. Renate Buchenauer, OM HAL
Planungsbüro, Stadtplaner, Beratender Ingenieur
Großseelheimerstr. 8, 35039 Marburg
Tel. und Fax: 06421 / 47673
planungsbuero@drbuchenauer@yahoo.de

Prof. Dipl.-Ing. Manfred Gerner, OM HAL
Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e. V.
Geschäftsstelle Probstei Johannesberg, 36041 Fulda
Tel. 0661-3804439, Fax 0661 – 3803128,
info@fachwerk-arge.de , www.fachwerk-arge.de

Peter H. Niederrelz, OM HAL
Ministerialrat Europa-Union-Deutschland,
Kreisverband, Landeshauptstadt Wiesbaden/Rheingau-
Taunus -der Vorsitzende- Mitglied des
Landesvorstands Hessen, Vogtlandstraße 11 d, 65232
Taunusstein, Tel.: 0049 01743022926,
Peter.H.Niederrelz@googlegmail.com

Dipl.-Ing. Peter Nissen, Gastautor
Kreiskoordinator Breitbandausbau
Landkreis Kassel, Amt für den ländlichen Raum
Manteuffelanlage 5, 34369 Hofgeismar
Tel. 05671/8001-2413
peter-nissen@landkreiskassel.de

Roswitha Rüschenndorf, OM HAL
Regierungspräsidium Kassel, Steinweg 6, 34121Kassel
Tel.: 0561-106-3125, Fax:0561-106-1691
roswitha.rueschendorf@rpk.hessen.de

Dipl. Ing. Christiane Sasse, Gastautorin
Meierhof 4, 34396 Liebenau-Lamerden
Mobil 01 72 - 471 26 26, www.sasse24.de

Karl-Christian Schelzke, Vorstand HAL
Hessischer Städte- und Gemeindebund
Bernd Klotz, Referent für Öffentlichkeitsarbeit und
Neue Medien
Henri-Dunant-Str. 13, D-63165 Mühlheim/Main
Tel.: +49 (0)6108 6001-35 / Fax: +49 (0)6108 6001-57
E-Mail: B.Klotz@hsgb.de, www.hsgb.de

Harald Schmidt, OM HAL
Touristik Stadt Trendelburg, Am Brunnen 6, 34388
Trendelburg, Telefon 0 56 75 / 74 99 18, Fax 0 56 75 /
74 99 30, touristik@trendelburg.de



Arbeitsplätze für unsere Zukunft: Wir bauen die E-Traktion.
 Ein Meilenstein für unseren Standort und die Region.



Das Auto.

Sponsoren

DVAG - Deutsche Vermögensberatung, Finanzgruppe Hessen-Thüringen - Fraport - Fürstenwalder Betonwerk Hess. Städte- und Gemeindebund - Mainova - Nassauische Heimstädte - Wohnstadt-part AG - Remmers-Sparida-Bank

Hessischer Städte- und Gemeindebund
 Verband der kreisangehörigen Städte und Gemeinden des Landes Hessen

